



Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

VORTRÄGE
N 421

HANS-WERNER SINN

Volkswirtschaftliche Probleme
der Deutschen Vereinigung

Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften

Vorträge · N 421

HANS-WERNER SINN

Volkswirtschaftliche Probleme
der Deutschen Vereinigung

Herausgegeben von der
Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften



Westdeutscher Verlag

401. Sitzung am 13. April 1994 in Düsseldorf

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Sinn, Hans-Werner:

Volkswirtschaftliche Probleme der deutschen Vereinigung / Hans-Werner Sinn. –
Opladen: Westdt. Verl., 1996

(Vorträge / Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften:
Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften; N 421)
ISBN 3-531-08421-6

NE: Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften (Düsseldorf):
Vorträge / Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Bertelsmann Fachinformation.

© 1996 by Westdeutscher Verlag GmbH Opladen

Herstellung: Westdeutscher Verlag

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: Boss-Druck, Kleve

Printed in Germany

ISSN 0944-8799

ISBN 3-531-08421-6

Inhalt

Hans-Werner Sinn, München

Volkswirtschaftliche Probleme der Deutschen Vereinigung	7
1. Die Naturalrestitution	12
2. Die Treuhandpolitik	15
3. Das Lohnproblem	22
4. Ein Sozialpakt für den Aufschwung oder was sonst?	27
Literaturverzeichnis	29

Diskussionsbeiträge

Professor Dr. agr. <i>Fritz Führ</i> , Professor Dr. rer. pol. <i>Hans-Werner Sinn</i> , Dipl.-Ing. <i>Hanskarl von Unger</i> , Professor Dr. rer. nat. <i>Ulf von Zahn</i> ; Professor Dr. rer. pol., Dr. h. c. <i>Hans K. Schneider</i> , Professor Dr.-Ing. <i>Werner Brilon</i> , Professor Dr. rer. pol. <i>Hans Besters</i>	31
---	----

Außenpolitisch war die deutsche Vereinigung ein Bravourstück. In nur wenigen Monaten gelang es der Bundesregierung, die Siegermächte des 2. Weltkrieges davon zu überzeugen, daß die deutsche Vereinigung unausweichlich sein würde, und diese Vereinigung dann tatsächlich auch mit allen rechtlichen Konsequenzen durchzuführen. Große Weitsicht hat die Politik damals bestimmt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verlief leider alles ganz anders. Der Big-Bang-Approach, so die Namensgebung der OECD für die deutsche Strategie, verlief keinesfalls so glimpflich und günstig, wie man es erwartet hatte. Es kann nicht davon die Rede sein, daß eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West innerhalb von drei, vier, fünf Jahren erreicht wurde. Vielmehr hat sich die Prognose der Skeptiker bewahrheitet, wie zum Beispiel des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Pöhl, der von einem „Desaster“ sprach, oder des damaligen Präsidenten der Treuhandanstalt Rohwedder, der eine, so wörtlich, „katastrophale Zuspitzung der Beschäftigungslage“ voraussah.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen, was geschehen ist. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist seit der Zeit vor der Vereinigung bis zum Anfang des Jahres 1991 um mehr als 40 % gefallen, die industrielle Warenproduktion – gemessen am Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe – ist auf rund ein Drittel ihres Umfangs zurückgegangen. Das sind Größenordnungen, wie sie bislang in Friedenszeiten für keine Industrienation beobachtet wurden. Selbst während der Weltwirtschaftskrise zum Ende der zwanziger Jahre betrug der relative Einbruch der Industrieproduktion in Deutschland und in den USA nur etwa 40 %, und das reale Bruttoinlandsprodukt fiel damals um Werte, die zwischen 20 % und 30 % lagen.

Wir haben heute, ausgehend von dem niedrigen Niveau, das nach der Vereinigung erreicht wurde, wieder ein Wachstum. Die Wachstumsraten sind beträchtlich und werden in diesem Jahr bei ca. 8 % liegen, aber das Wachstum geht eben von einem sehr niedrigen Niveau aus. Es wird eine Weile dauern, bis selbst nur das ehemalige Produktionsniveau der DDR wieder erreicht sein wird. Eine Angleichung der Produktivität und damit der Lebensverhältnisse in Ost und West wird noch sehr viel länger auf sich warten lassen. Seriöse Be-

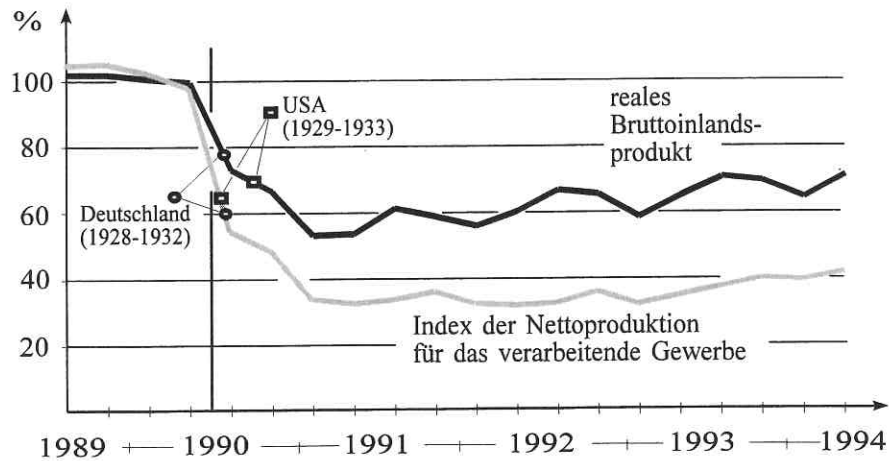


Abbildung 1: Die Produktionstätigkeit in den neuen Ländern

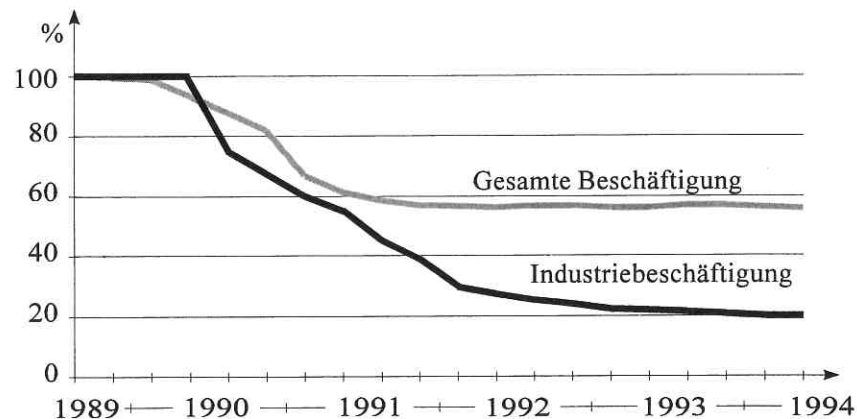
Quellen: DIW-Wochenberichte 20–21/92, S. 270; 7/93, S. 70; 46/93, S. 674; 33/94, S. 586; Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 2.1, Tab. 6.1; Konjunkturstatistisches Handbuch 1933, S. 36; Hoffmann (1965, S. 829); Historical Statistics of the United States, 1975, S. 224 und 232.

Legende: 1. Halbjahr 1990 entspricht 100. Bei den Vergleichswerten aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise wurden jeweils das Jahr vor Beginn der Depression mit dem Jahr der tiefsten Depression verglichen.

Abbildung 2: Die Beschäftigungsentwicklung in den neuen Ländern

Quellen: DIW Wochenbericht 46/93, S. 674. Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ des Statistischen Bundesamtes; Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit vom 20.09.94; eigene Berechnungen.

Legende: 2. Halbjahr 1989 entspricht 100. Die Industriebeschäftigung ist die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe.



rechnungen sprechen hier eher von 20 als von 10 Jahren – gerechnet vom Vereinigungszeitpunkt –, ja manche Ökonomen befürchten, daß eine ganze Generation vorübergehen wird, bis eine solche Angleichung erfolgt ist.

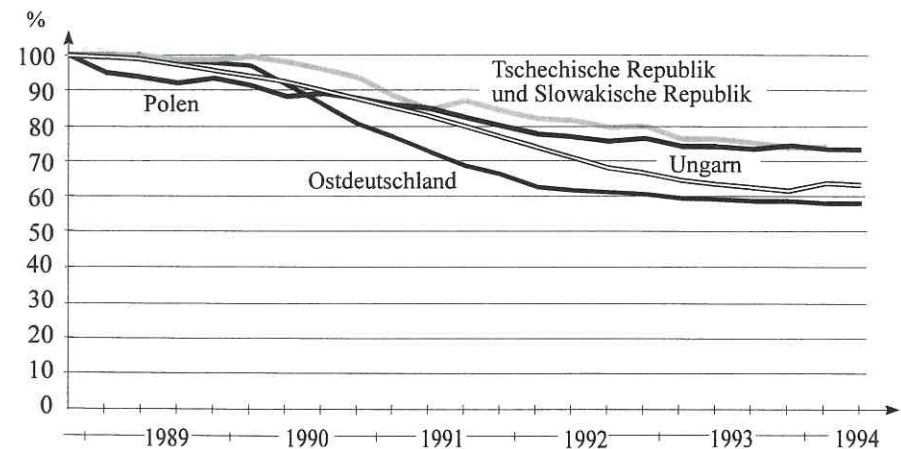
Besonders augenfällig wird die Dramatik der Entwicklung an den Beschäftigungskurven der Abbildung 2. Die Gesamtbeschäftigung ist von ehemals 9,7 Mio. auf etwa 5,3 Mio. Personen gesunken. Das entspricht einem Beschäftigungsrückgang von 42 %. In der Industrie beträgt der Rückgang sogar 80 %. Das Wort vom industriellen Kahlschlag, das die Runde macht, ist, so muß man leider konstatieren, völlig berechtigt und zur Beschreibung der Situation angemessen. Anders als bei der Industrieproduktion und dem Bruttoinlandsprodukt, die nun allmählich wieder anziehen, zeigt die Beschäftigungssituation noch keinen positiven Trend. Das Tal ist wohl erreicht, aber der Anstieg der Beschäftigung läßt noch auf sich warten.

Wir sollten uns nicht täuschen lassen durch die relativ harmlos aussehenden Ziffern über die offizielle Arbeitslosigkeit, wie sie von der Bundesanstalt für Arbeit berechnet werden. Aus Nürnberg hört man Werte im Bereich von 15 bis 16 Prozent. Diese Werte sind deshalb so niedrig, weil ein Großteil derer,

Abbildung 3: Die Beschäftigungsentwicklung im Vergleich mit östlichen Anrainern

Quellen: OECD, Short-term Economic Statistics, Central and Eastern Europe, verschiedene Ausgaben.

Legende: IV. Quartal 1988 entspricht 100. Für die Tschechische Republik und die Slowakische Republik umfassen die Zahlen bis 1990 die Gesamtbeschäftigung im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor. Seit 1991 werden alle Betriebe mit mehr als 100 Betrieben erfaßt. Für Polen sind bis Ende 1990 nur im Volkseigentum befindliche Betriebe gezählt worden. Seit 1991 werden Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 5 Mitarbeitern erfaßt. Die Daten für Ungarn umschließen keine Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Für den Zeitraum von I/89 bis II/92 sind nur Jahreszahlen verfügbar.



die ihren Arbeitsplatz verloren haben, in den Statistiken überhaupt nicht mehr erfaßt sind. Wer kein Arbeitslosengeld mehr bezieht, weil die Fristen überschritten sind, ist in der Statistik nicht mehr enthalten ebensowenig wie solche Personen, die vorzeitig in den Ruhestand überführt wurden oder die in den Westen gewandert sind.

Die Schwierigkeiten der Transformation zeigen sich natürlich nicht nur in den neuen Ländern, sondern in ähnlicher Form auch in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Abbildung 3 zeigt den zeitlichen Verlauf der Beschäftigung in verschiedenen Nachbarländern im Vergleich zu jenem in Ostdeutschland. Dabei beziehen sich die Zahlen nicht auf die offiziellen Arbeitslosenstatistiken, die nach sehr unterschiedlichen Erhebungsmethoden berechnet werden, sondern auf den tatsächlich erfolgten Rückgang der Beschäftigung, sind also insofern über die Ländergrenzen hinweg vergleichbar. Abbildung 3 zeigt, daß auch in den östlichen Anrainerstaaten erhebliche Einbrüche zu verzeichnen waren. Allerdings ist der Einbruch nirgends so groß wie in den neuen Ländern. Dies kann man als einen besonders rapiden Strukturwandel in den neuen Ländern deuten, indes spricht gegen eine solche Interpretation, daß der Rückfluß von Arbeitslosen in den Pool der Beschäftigten in den neuen Ländern geringer ist als beispielsweise in der Tschechischen Republik. Während dort pro Monat 2,2 % der Arbeitslosen den Weg zurück in die Beschäftigung finden, sind es in den neuen Ländern nur 0,6 %.¹

Eine Ausnahme von dem allgemeinen Beschäftigungsrückgang bildet lediglich die Bauindustrie.² Wenn man die neuen Länder bereist, sieht man ja bereits mit bloßem Auge, daß sich im Bausektor viel tut. In der Tat ist die Beschäftigung in der Bauindustrie seit der Vereinigung um etwa 40 % gestiegen. Es handelt sich hierbei aber um eine separate Hochkonjunktur, die sich einerseits durch die hohen öffentlichen Subventionen erklärt und andererseits durch den Umstand, daß sich die Bauindustrie nicht in einer so scharfen Wettbewerbssituation wie der Rest der Wirtschaft befindet.

Was nun sind die Ursachen für die Transformationskrise, die die neuen Länder erfaßt hat? Ein Teil ist sicher unvermeidlich und auf exogene Einflußfaktoren zurückzuführen. Hierzu gehört ganz sicherlich der Zusammenbruch des östlichen Handelssystems. Politiker pflegen gerne auf diesen Sachverhalt zu verweisen, vielleicht auch deshalb, weil sie damit von ihrer eigenen Verantwortung ablenken können.

¹ Eigene Berechnungen unter Verwendung der Zahlen von BOERI (1994, S. 30). BOERIS Angaben beziehen sich auf die offiziellen Arbeitslosenzahlen. Die im Text genannten Zahlen wurden auf die tatsächlichen Beschäftigungsrückgänge gemäß Abbildung 3 bezogen.

² Vergleiche dazu Expertenkommission Wohnungspolitik (1995, Ziffer 1103) sowie SINN (1994).

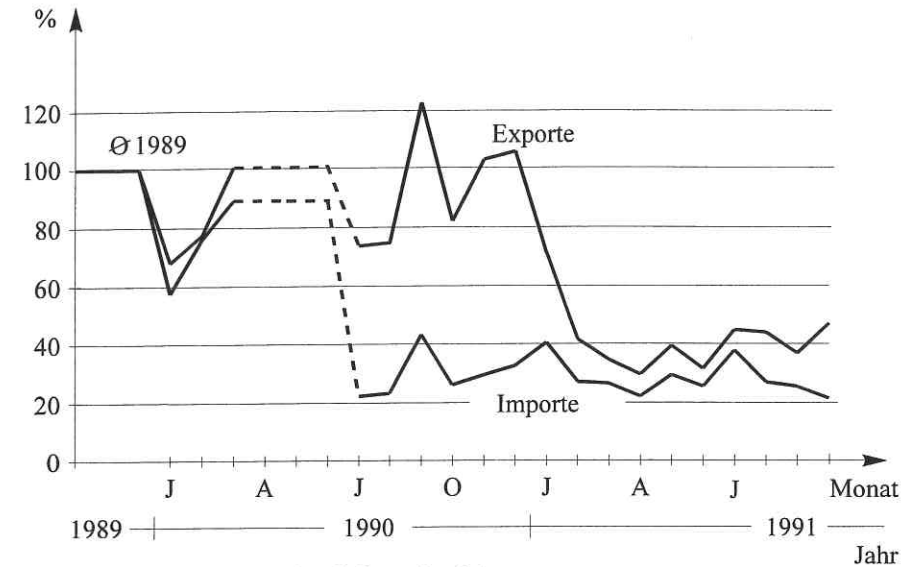


Abbildung 4: Der Zusammenbruch des Osthandels

Quelle: Gemeinsames Statistisches Amt, Monatszahlen 5/91, S. 27, und 12/91, S. 68.

Legende: Für die Monate April, Mai und Juni 1990 liegen keine Angaben vor, jedoch folgt aus dem vom Gemeinsamen Statistischen Amt herausgegebenen Jahresbericht, daß die Durchschnittswerte für diese Monate den jeweiligen Märzwert gleich waren oder gleichgesetzt wurden. Die in diesem Schaubild ausgewiesenen Im- und Exporte sind unter Ausschluß der innerdeutschen Handelsströme definiert und zeigen die Entwicklung der D-Mark-Werte. Der Durchschnittswert der Importe für 1989 wurde gleich Hundert gesetzt.

Die Zusammenhänge sind aber nicht gar so offenkundig, wie es zunächst erscheinen mag. Abbildung 4 zeigt, daß die ostdeutschen Importe ein halbes Jahr vor den Exporten gefallen sind, die in den Genuß bundesdeutscher Exportkredite kamen. Die zeitliche Abfolge der Import- und Exportschrumpfung spricht nicht dafür, daß hier eine Krise von außen an die neuen Länder hergetragen wurde, sondern eher für das Gegenteil, nämlich für die These, daß die neuen Länder die Achillesferse des COMECON waren. Die neuen Handelsmöglichkeiten, die sich ergaben, haben es schnell als unrentabel erscheinen lassen, weiterhin Produkte aus dem Ostblock zu beziehen, mit der Folge, daß dort eine negative Kettenreaktion der Wirtschaftstätigkeit ausgelöst wurde.³

³ Genauere Ausführungen findet man in SINN/SINN (1993, S. 48 f).

Man muß in dem Zusammenhang auch bedenken, daß die DDR vor der Vereinigung mehr als 40 % ihrer Exporte in den Westen geliefert hatte, vornehmlich nach Westdeutschland. Erstaunlicherweise sind nicht nur die Ostmärkte zusammengebrochen, sondern auch die Westmärkte. Warum liefert ORWO seine Filme nicht mehr an Quelle? Warum bezieht IKEA seine Möbel nicht mehr aus Ostdeutschland? Das Zusammenbrechen der Märkte im Westen wie im Osten hat nicht nur damit zu tun, daß Ostdeutschland exogenen Störeinflüssen ausgesetzt war, sondern vielmehr mit endogenen Schwierigkeiten, sich in einer veränderten wirtschaftlichen Umwelt zu behaupten und die vielfältigen Transformationsprobleme zu meistern.

Dieser Vortrag beschäftigt sich mit jenem Teil der Schwierigkeiten, die auf Politikfehler zurückzuführen sind. Es gibt meiner Meinung nach drei große Fehler, die von der Wirtschaftspolitik bei der deutschen Vereinigung begangen wurden. Auf diese Fehler will ich jetzt eingehen.

1. Die Naturalrestitution

Der erste Fehler liegt in dem Versuch, die alten Eigentumsrechte wiederherzustellen. Im Einigungsvertrag wurde festgelegt, daß die Enteignungen, die zu DDR-Zeiten, also zwischen 1949 und 1989, vorgenommen worden waren, rückgängig zu machen sind. Auf Drängen der Amerikaner wurde außerdem im Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen festgelegt, daß die Enteignungen zwischen 1933 und 1945, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, revidiert werden müssen. Diese Enteignungen betreffen größtenteils jüdische Familien. Große Teile der Innenstädte von Leipzig und Dresden waren in jüdischem Besitz. Die Enteignungen durch die Sowjets zwischen 1945 und 1949 sind von der Restitutionsregel ausgenommen, weil die Sowjetunion dies zu einer Bedingung für ihre Zustimmung zu den 2+4-Verhandlungen gemacht hatte. Die sowjetischen Enteignungen umfassen schätzungsweise 70 % der wirtschaftlichen Basis, die nach dem Kriege noch vorhanden war.

Die technischen und juristischen Probleme der Restitution zu bewältigen, ist eine äußerst schwierige Aufgabe. Zum Frühjahr des Jahres 1994 war erst eine Abwicklungsquote von etwa einem Drittel erreicht, und es wird befürchtet, daß noch viele Jahre vergehen, bis der größte Teil der Restitution abgewickelt sein wird. Häufig sind die Objekte nicht mehr in der alten Form vorhanden, Unternehmensteile wurden abgespalten, neue Unternehmen wurden aus Bruchstücken alter Unternehmen gebildet, und Gebäude wurden errichtet, die sich über die Parzellen mehrerer Eigentümer hin erstrecken. Viele

Objekte wurden zu DDR-Zeiten von Bürgern redlich, d. h. gegen Entgelt, erworben. Jedoch besteht in der Regel nur ein Nutzungsrecht am Grundstück und kein formelles Eigentum. Die Klärung der komplizierten Eigentumsverhältnisse ist ein Prozeß, der viele Jahre in Anspruch nimmt, der Heerscharen von Juristen beschäftigt und die ostdeutsche Justiz, die die neue bundesdeutsche Rechtslage erst noch erlernen und verinnerlichen muß, total überfordert.

Das Hauptproblem der Restitution, so sinnvoll sie unter Gerechtigkeitsaspekten sein mag, liegt in der Behinderung des Investitionsprozesses. Wer jetzt das Objekt besitzt, ist häufig nicht Eigentümer und unterläßt deshalb die Investition. Der neue Eigentümer ist noch nicht in seine Rechte eingesetzt und wagt es ebenfalls noch nicht, sich zu engagieren. Alle potentiellen Investoren warten, bis die Rechtslage geklärt ist, und erst dann kommt es zu substantiellen Sanierungsinvestitionen.

Eine Entschädigungslösung hätte den Investitionsprozeß sicherlich in wesentlich geringerem Maße behindert, weil der Erwerber eines Objektes sofort über gesicherte Eigentumsrechte verfügt hätte und davon hätte ausgehen können, daß er die Früchte seiner Investition selber würde ernten können. Ungeklärte Rechtsansprüche der Alteigentümer hätten in einem separaten Verfahren gegen den Staat geltend gemacht werden können, ohne daß der Erwerber und Investor davon in irgendeiner Weise berührt gewesen wäre. Die Prozesse hätten sich bis zum „St.-Nimmerleins-Tag“ hinziehen können, ohne daß man die gravierenden wirtschaftlichen Konsequenzen, die heute zu beobachten sind, hätte in Kauf nehmen müssen.

Es wird manchmal gesagt, die Entschädigungslösung sei zu teuer gekommen. Dieses Argument kann ich nicht nachvollziehen, denn durch den Verkauf der Objekte wäre ja eine Einnahme entstanden, und diese hätte man dann nach Klärung der Rechtslage den Alteigentümern samt Zins und Zinseszins auszahlen können. Keinen Pfennig hätte die öffentliche Hand hier zuschießen müssen.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über den Umfang der Restitutionsforderungen in verschiedenen ostdeutschen Städten. In vielen Städten sind mehr als ein Drittel der vorhandenen Flurstücke, seien sie nun bebaut oder nicht bebaut, mit Restitutionsforderungen belegt. In manchen sind es zwei Drittel, in Leipzig kommt man gar auf einen Wert von fast 90 %.

Der Gesetzgeber hat das Problem erkannt und hat mit dem Hemmnisbeseitigungsgesetz und mit dem Investitionsgesetz versucht, die größten Nachteile des Restitutionsprozesses auszubügeln, indem er die Rechte der Alteigentümer etwas beschränkte und Investoren die Möglichkeit eröffnete, mit Restitutionsansprüchen belastete Objekte zu erwerben. Die Investoren müssen

Tabelle 1:
Anteil der mit Restitutionsforderungen belasteten Flurstücke¹⁾
(Stand: Ende 1993)

Stadt	Anteil am Gesamtbestand in vH
Chemnitz	61
Dessau	29
Erfurt	41
Gera	49
Halle	50
Jena	38
Leipzig	88
Magdeburg	38
Neubrandenburg	30
Plauen	59
Rostock	32
Schwerin	34
Stralsund	39
Weimar	75
Zwickau	55

¹⁾ Hinweis: Die Tabelle umschließt Restitutionsanträge, die einer Rechtsgrundlage entbehren.
Quelle: Expertenkommission Wohnungspolitik (1995, Ziffer 4101).

einen Sanierungsplan vorlegen sowie die Zahl der Arbeitsplätze, die sie schaffen oder erhalten wollen, angeben. Den Alteigentümern wird dann die Möglichkeit zur Übernahme dieses Plans eröffnet. Sofern sie hiervon nicht Gebrauch machen, wird das Objekt an den Investor verkauft, und die Alteigentümer bekommen den Verkaufspreis als Entschädigung ausgezahlt. Leider bleiben auch die neuen Gesetze Flickwerk, die Hauptfehler konnten nicht korrigiert werden; radikalere Änderungen des Einigungsvertrages hätten ja mit zwei Drittel Mehrheit im Bundestag beschlossen werden müssen.

Bislang wurde das Investitionsvorranggesetz in nur etwa 15 000 Fällen in Anspruch genommen. Das ist bei einer Gesamtzahl von über 2 Mio. zurückgeforderten Restitutionsobjekten eine vernachlässigbar geringe Zahl. Leider sind gerade Wohnimmobilien, die vielleicht noch die höchsten Werte im Osten verkörpern, vom Investitionsvorranggesetz ausgeschlossen.⁴

Alles in allem kann man sagen, daß die neuen Länder sich nach der Vereinigung in einem „vor-Coaseanischen“ Zustand befunden haben. Ronald Coase, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften im Jahre 1991, hat gezeigt, wie wichtig es für eine Marktwirtschaft ist, daß Eigentumsrechte etabliert werden. Das Coase-Theorem besagt, daß es nicht darauf ankommt,

⁴ Eine ausführliche Diskussion der Restitutionsproblematik im Bereich von Wohnimmobilien liefert die Expertenkommission Wohnungspolitik (1995, Ziffern 4001 ff).

wem diese Eigentumsrechte zugewiesen werden, sondern vielmehr, daß sie zugewiesen werden. Wenn die Eigentumsrechte klar definiert sind, kann der Markt seine wohlfahrtserhöhenden Wirkungen entfalten.⁵

Ostdeutschland ist auch heute noch keine wirkliche Marktwirtschaft, sondern eine Wirtschaft, in der immer noch um die Eigentumsrechte gestritten wird. Es ist eine Ökonomie, in der wertvolle Ressourcen menschlicher und sächlicher Art in den Streit mit den Behörden und mit rivalisierenden Anspruchstellern investiert werden, statt sie in die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Basis dieses Landesteiles fließen zu lassen.

2. Die Treuhandpolitik⁶

Die Treuhandanstalt hatte die Aufgabe erhalten, jene Objekte, die nicht der Restitution zuzuführen sind, die also von den Sowjets zwischen 1945 und 1949 enteignet worden waren, zu privatisieren, wobei die Privatisierung von der Anstalt als Barverkauf interpretiert wurde. Im Herbst des Jahres 1990 hat die Treuhandanstalt nach Aussage des damaligen Präsidenten Rohwedder vor der Arbeiterkammer in Wien damit gerechnet, daß insgesamt ein Verkaufserlös von 600 Mrd. DM erzielt werden könne. Heute, da die Verkaufsaktivitäten sich dem Ende zuneigen und die Treuhandanstalt ihr operatives Geschäft beenden kann, weiß man, daß insgesamt nicht mehr als 50 Mrd. DM zusammenkommen. Die selbst gesteckte Zielgröße wird also um mehr als eine Zehnerpotenz unterschritten. Allerdings sind etwa 80 000 Immobilien zum Teil landwirtschaftlicher Art noch nicht privatisiert; man will diese in den nächsten Jahren sukzessive veräußern. Aber auch aus dem Verkauf der noch verbleibenden Objekte erwartet die Treuhandanstalt heute keine wesentlichen Einnahmen mehr. Wenn insgesamt ein Erlös in Höhe eines Zehntels des ursprünglich erhofften Wertes zustandekommt, wird man von Glück reden können.

Im Zuge der Privatisierung sind viele Arbeitsplätze verlorengegangen. Auf Arbeitsplatzbasis gerechnet, wird die Privatisierungsquote zum Ende dieses Jahres, wenn die Treuhandanstalt ihr Geschäft beendet, insgesamt nicht einmal bei 40 % liegen. 6 % der privatisierten Arbeitsplätze sind an Ostdeutsche verkauft worden, 9 % an Ausländer und 85 % an Westdeutsche.

Die Treuhandanstalt wird häufig angefeindet wegen ihrer Politik, unsanierte Objekte zu verkaufen und sich selbst bei der Sanierung der Firmen zu-

⁵ Siehe dazu COASE (1960).

⁶ Für eine breite Darstellung der Probleme der Treuhand-Politik vergleiche man SINN/SINN (1993).

rückzuhalten. Ich halte diese Kritik für verfehlt. Insgesamt hatte die Treuhandanstalt 40000 Objekte zu verkaufen. Es ist schlechterdings unmöglich, sich vorzustellen, daß eine staatliche Behörde in der Lage sein könnte, diese 40000 Betriebsstätten zu sanieren und auf marktwirtschaftliche Verhältnisse vorzubereiten. Es war eine kluge und weise Entscheidung, sich hier auf die Marktkräfte zu verlassen und die Sanierungsentscheidungen in die Hände privater Investoren zu legen.⁷

Das soll aber nicht heißen, daß die Treuhandanstalt keine Fehler begangen hätte. Abgesehen vom Lohnproblem, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, und an dem die Treuhandanstalt ein hohes Maß an Verantwortung trägt, liegt der größte Fehler in dem Versuch, den Kapitalbestand der DDR am Markt für Vermögensobjekte gegen bar zu veräußern. Ein solcher Versuch mußte fehlschlagen, denn es ist schlechterdings nicht möglich, den Kapitalbestand einer Volkswirtschaft nach den gleichen Regeln zu verkaufen, nach denen man eine einzelne Firma verkaufen kann. Der Unterschied liegt in der Überlastung der Märkte. Bei einer einzelnen Privatisierungsaktion kann man immer davon ausgehen, daß ein Verkauf zu gegebenen Preisen, wie sie nun einmal am Markt für Unternehmen gezahlt werden, möglich ist. Wenn indes sehr viele Unternehmen, nämlich die Unternehmen einer ganzen Volkswirtschaft, auf einmal verkauft werden sollen, dann werden unweigerlich die Preise fallen. Auch die westdeutschen Immobilienmärkte zeigen sehr deutlich, wie sensibel die Preise von Vermögensobjekten auf geringe Schwankungen in Angebot und Nachfrage reagieren. Warum sollte der Markt für ostdeutsche Unternehmen hier eine Ausnahme bilden?

Ich sehe zwei zentrale Gründe dafür, daß eine Massenprivatisierung auf dem Wege des Barverkaufs fehlschlagen mußte – jedenfalls im Hinblick auf das Ziel, diese Privatisierung rentierlich und ohne Verschwendung von Vermögensobjekten an die Erwerber vorzunehmen.

Der erste Grund liegt in einem Mangel an Kapital auf Seiten der ostdeutschen Haushalte. Wer Vermögensobjekte kaufen will, braucht dafür Eigenkapital oder Kredit. Beides fehlte im Osten.

Der Eigenkapitalmangel lag nicht etwa daran, daß die DDR-Wirtschaft marode und ineffizient war, sondern an einem Konstruktions- und Wesensmerkmal des Kommunismus. Im Kommunismus hat man keine privatwirtschaftlichen Ansprüche gegen den Kapitalstock. Der Kapitalstock ist in staat-

⁷ Dies entspricht auch der Ansicht der meisten volkswirtschaftlichen Berater in Deutschland, vergleiche beispielsweise Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990), Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1991a), Kronberger Kreis (1991) und MÖSCHEL (1992).

licher Hand und gehört allen und niemandem. In der Marktwirtschaft ist das ganz anders. Dort haben die Bürger privatrechtliche Ansprüche gegen den Kapitalstock, und der Wert dieser Ansprüche gleicht dem Wert des Kapitalstocks. In der Marktwirtschaft begründet der Verzicht auf die Verausgabung von Einkommen – das Sparen also – einen Anspruch auf den Kapitalstock. Im Kommunismus wird ein solcher Anspruch nicht erworben. Die ostdeutschen Bürger haben den Kapitalstock bereits einmal durch den Verzicht auf die Verausgabung von Einkommen – nämlich durch die erzwungene Zurückbehaltung von Löhnen – erworben, ohne dafür privatwirtschaftliche Ansprüche zu erhalten. Wenn sie den Kapitalstock nun ein zweites Mal erwerben sollen, stellt sich die Frage, womit sie diesen denn finanzieren sollen.

Man mag hier auf die Sparguthaben verweisen, die bei der Währungsumstellung in D-Mark umgewechselt wurden. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß bei der Währungsumstellung, die von vielen für großzügig gehalten wurde, den ostdeutschen Bürgern nur insgesamt so viel D-Mark an Liquidität gegeben wurden, wie nötig war, um die westdeutschen Relationen zwischen Geldmenge und verfügbarem Einkommen zu erreichen.⁸ Nur die nötige Transaktionskasse, das Schmiermittel, das die Marktwirtschaft braucht, wurde zur Verfügung gestellt. Ein Versuch, darüber hinaus privatwirtschaftliche Vermögensansprüche gegen den staatlichen Kapitalstock zu etablieren – mithin also den aus dem Lohnverzicht früherer Jahre implizit erworbenen Anspruch nachträglich zu bekräftigen –, wurde nicht unternommen. Die Währungsumstellung und alles, was damit zusammenhängt, wurde so durchgeführt, daß die Bürger der neuen Länder heute nicht über das Eigenkapital verfügen, mit Hilfe dessen sie beim Privatisierungsprozeß der Treuhandanstalt mitbieten könnten.

Nun gibt es natürlich Kreditmärkte, auf denen im Prinzip auch denjenigen Liquidität gegeben wird, die selbst über kein Vermögen verfügen. Indes verlangen Banken stets Sicherheiten. Sie geben sich bei der Finanzierung eines Objektes nicht mit einer Eigenkapitalquote von Null zufrieden. Wer Eigenkapital hat, dem geben sie noch Kredite hinzu, aber wer kein Eigenkapital hat, der bekommt auch keine Kredite.⁹

Vermögensarmut und die damit zusammenhängenden Kreditbeschränkungen haben verhindert, daß ostdeutsche Käufer beim Privatisierungsprozeß der Treuhandanstalt eine realistische Chance hatten. Jene Käufergruppe, die,

⁸ Eine Darstellung der Vorbereitung der Währungsunion sowie der relevanten Argumente findet man bei BURDA (1990), CLAASEN (1990), KLOTEN (1991) und LIPSCHITZ/MCDONALD (1990).

⁹ Für eine Übersicht über die Theorie der Kreditrationierung vergleiche man BALTENSBERGER/DEVINNEY (1985).

gemessen an ihrer geographischen Lage und ihren Kenntnissen vor Ort, besonders prädestiniert gewesen wäre, an dem Versteigerungsprozeß der Treuhand teilzunehmen, war von vornherein ausgeschlossen. Die ganze Verkaufsfaktion zielte eindeutig auf westdeutsche Käufer ab und, wie die Zahlen zeigen (wie bereits erwähnt, betrug der Anteil der ostdeutschen Käufer nur 6 %), sind diese ja auch vorrangig zum Zuge gekommen.

Aber auch die westdeutschen Käufer hatten nicht stets so viel Liquidität zur Verfügung, wie nötig war, um die Treuhandobjekte zu kaufen. Ein gut geführtes Unternehmen achtet schon aus steuerlichen Gründen darauf, daß es über eine hohe Fremdfinanzierungsquote verfügt. Als sich nun plötzlich und unerwartet die Chance auftat, Treuhand-Firmen in den neuen Ländern zu kaufen, so zeigte sich rasch, daß viele Unternehmen außerstande waren, den Kauf „aus der Portokasse“ zu finanzieren. Auch eine Kreditaufnahme war meistens nicht in beliebiger Höhe möglich, denn man war mit der Fremdfinanzierung bereits an die Grenze des Möglichen herangegangen. Vielen westdeutschen Firmen fehlte das Kapital, um sich an den Verkaufsfaktionen zu beteiligen. Natürlich können Firmen sich Eigenkapital auf dem Wege der Kapitalerhöhung beschaffen, aber das ist ein komplizierter Prozeß, der schon wegen der damit einhergehenden Verwässerung der Dispositionsbefugnis nicht gerne in Gang gesetzt wird.

Der zweite Grund für einen sicheren Fehlschlag der Treuhandpolitik liegt in einem makroökonomischen Strom-Bestands-Problem. Hätte die Treuhandanstalt ihre Verkaufserlöse am Kapitalmarkt angelegt, so wäre die ganze Verkaufsfaktion letztlich ein großer Vermögenstausch gewesen, in dem sich nur die Struktur des Vermögens-Portfolios der Treuhandanstalt geändert hätte. Ein solcher Tausch hätte sich ohne größere Verwerfungen realisieren lassen. Das Problem war aber, daß der Treuhandanstalt im Einigungsvertrag die Aufgabe gesetzt war, die Verkaufserlöse für die Zwecke der ostdeutschen Länder zu verwenden, sie also wieder auszugeben und eben nicht auf den Kapitalmarkt zurückzuführen. Eine solche Politik lief volkswirtschaftlich darauf hinaus, daß der Verkauf letztlich aus Teilen der volkswirtschaftlichen Ersparnis finanziert werden mußte. Es mußten also Teile der Ersparnis, die nach der Finanzierung des bundesdeutschen Budgetdefizits, der privaten Nettoinvestitionen und des Kapalexports übrig blieben, abgezweigt werden, um die Veräußerung der Treuhandobjekte zu ermöglichen. Das aber war ein grundsätzliches Problem, denn Ersparnisse sind Ströme, und die Treuhandanstalt mußte Bestände verkaufen.

Es ist völlig unmöglich, in kurzer Frist die für einen Bestandsverkauf nötigen Finanzierungsmittel aus dem Strom der laufenden Ersparnis zu gewinnen, zumal wenn es um so große Teile einer Volkswirtschaft geht. Die

Finanzierung der Treuhandverkäufe ist genauso unmöglich, wie man eine Talsperre nicht über Nacht mit dem Wasser des zufließenden Stromes füllen kann. Es muß Zeit verstreichen, bis aus einem Strom ein Bestand akkumuliert. Die Verkaufspolitik der Treuhandanstalt hatte grundsätzlich mit dem Dilemma zu kämpfen, daß ein schneller Verkauf nicht rentierlich sein konnte, weil sich ein rentierlicher Verkauf über viele Jahre hinweg hätte erstrecken müssen, um die Kapitalmärkte nicht zu belasten.

Bedenken Sie, was es wirklich bedeutet hätte, 600 Mrd. DM, so wie geplant, einzunehmen. Ein staatlicher Vermögensverkauf zum Zwecke der Finanzierung staatlicher Ausgaben ist kreislaufmäßig und im Hinblick auf die Belastung des Kapitalmarktes dasselbe wie eine staatliche Kreditaufnahme zum Zwecke der Finanzierung öffentlicher Ausgaben. Die Politik der Privatisierung, wie sie für die Treuhandanstalt angelegt war, hätte also letztlich die gleichen Wirkungen gehabt wie ein gigantisches staatliches Deficit-Spending im Umfang von 600 Mrd. DM. Sieht man die Sache aus diesem Blickwinkel, so erkennt man, wie wenig durchdacht der ganze Ansatz von vornherein war.

Ich will nicht behaupten, daß die Treuhandanstalt Pretiosen zu verkaufen hatte. Schon wegen der hohen Löhne sind die Treuhandobjekte großenteils entwertet worden, und das Strom-Bestands-Problem war deshalb wohl nicht das entscheidende Problem. Es kommt mir aber darauf an klarzulegen, daß die Verkaufspolitik selbst dann nicht hätte gelingen können, wenn an der Lohnfront sehr vieles anders gelaufen wäre und von daher eigentlich Bedingungen für rentable Unternehmen gesetzt worden wären.

Im übrigen ist es ja nicht so, daß die Treuhandanstalt tatsächlich nur „Schrott“ zu verkaufen hatte. Die Immobilienwerte allein liegen nach meinen Berechnungen, und ich habe sehr vorsichtig kalkuliert, theoretisch bei mindestens 250 Mrd. DM. Solche theoretischen Werte lassen sich realisieren, wenn man den Verkauf nur sehr langsam durchführt. Will man ihn schnell abwickeln, so ist es völlig unmöglich, die theoretischen Werte auch tatsächlich zu erzielen.¹⁰

Es hätte eine Möglichkeit gegeben, die Finanzierungsprobleme zu überwinden und außerdem die ostdeutsche Bevölkerung besser zu bedienen, als es der Fall war. Diese Möglichkeit hätte in der Realisation des Restbeteiligungsmodells bestanden, welches vom Verfasser bereits frühzeitig vorgeschlagen worden war.¹¹ Die Kernidee des Restbeteiligungsmodells besteht darin, daß die Treuhandanstalt darauf verzichtet, den von ihr verwalteten Altbestand an

¹⁰ Vergleiche SINN/SINN (1993, S. 279).

¹¹ SINN (1991). Siehe dazu auch SINN (1992) und SINN/SINN (1993, S. 157ff).

Objekten gegen bar zu veräußern, sondern statt dessen Joint-Ventures mit Investoren eingeht, die ihr Know-how und Sanierungskapital einbringen. Bei dem tatsächlich realisierten Privatisierungsweg mußte der Investor ja zweimal zahlen. Er mußte zum einen die Treuhandanstalt für das übernommene Altkapital bezahlen, und zum anderen mußte er die Sanierungsinvestitionen finanzieren, ohne die das Altkapital nicht flottgemacht werden konnte. Genau diese Doppelbelastung hat die Finanzierungsprobleme erzeugt, von denen ich vorhin sprach.

Bei dem Restbeteiligungsmodell wäre eine der beiden Zahlungen entfallen. Statt der Zahlung eines Kaufpreises hätte der Investor der Treuhandanstalt Anteilsrechte an dem neu zu schaffenden Unternehmen zugebilligt, deren Wert sich am übernommenen Altkapital hätte orientieren müssen. Er selbst hätte einen Anteil an dem Unternehmen erhalten, dessen Wert gerade dem Wert der eingebrachten Sanierungsmittel und seinem Know-how entsprochen hätte. Für den Investor wäre dieses Geschäft attraktiv gewesen, denn er hätte den Kaufpreis nur in Form einer Reduktion später an ihn fließender Dividenden zahlen müssen. Dies hätte ihm zum einen den Vorteil eines Zahlungsaufschubs gebracht, was seine Kredit- und Liquiditätsprobleme gemildert hätte; zum anderen wäre das unternehmerische Risiko gesenkt worden, weil die Zahlungen nur dann und in dem Maße nötig gewesen wären, wie tatsächlich Gewinne erwirtschaftet worden wären. Die Treuhandanstalt hätte sich an den Risiken des Unternehmens beteiligt. Man kann zeigen, daß bei risikoscheuen und kreditbeschränkten Unternehmern ein solches Geschäft mehr Investitionen hervorgebracht hätte als ein Barverkauf und daß die Treuhandanstalt im übrigen einen höheren erwarteten Barwert der Erlöse hätte erwirtschaften können.¹²

Es sei angemerkt, daß die Restbeteiligungen nicht mit Stimmrechten hätten ausgestattet werden sollen, um sicherzustellen, daß die privaten Unternehmer unbehelligt hätten agieren können und daß keine Abneigung gegen eine Beteiligung der Treuhandanstalt bestanden hätte.¹³ Die Einnahmen der Treuhandanstalt aus den Restbeteiligungen wären aus der Sicht der privaten Unternehmer etwas ähnliches wie eine Dividendensteuer gewesen. Von einer solchen Steuer weiß man, daß sie, da sie einen Cash-Flow-Charakter hat, allokativ weitgehend neutral ist, jedenfalls neutraler und damit effizienter als alle anderen bekannten Steuern.¹⁴

¹² Vergleiche DEMOUGIN/SINN (1994) und SINN/SINN (1993, S. 173f).

¹³ Siehe dazu BÖS (1991) sowie SINN (1991) und SINN/SINN (1993, S. 161f).

¹⁴ Vergleiche dazu SINN (1987).

Die Treuhandanstalt hätte die Restbeteiligungen, die auf diese Weise in ihren Besitz gelangt wären, nicht behalten sollen, sondern sie hätte sie in einem zweiten Schritt an die ostdeutsche Bevölkerung verteilen sollen. Eine solche Verteilung wäre die adäquate Politik für den Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft gewesen, denn sie hätte das vormals nur allgemein in Volkseigentum befindliche Vermögen seinen rechtmäßigen Eigentümern in einer für die Privatwirtschaft adäquaten Art und Weise zugeführt.

Ich muß in diesem Zusammenhang die Präambel des Treuhandgesetzes, Artikel 10 des Vertrages über die Wirtschafts- und Währungsunion und Paragraph 25 des Einigungsvertrages erwähnen. An allen drei Stellen steht klar und deutlich, am deutlichsten in der Tat im Einigungsvertrag, daß Möglichkeiten geschaffen werden sollten, daß den Sparern für die 2:1 umgestellten Vermögensbestände zu einem späteren Zeitpunkt verbrieft Anteilsrechte am ehemals volkseigenen Vermögen übereignet werden können. Die Passagen der Gesetze und Verträge zur deutschen Einheit sind häufig in dem Sinne mißinterpretiert worden, daß man zunächst einen pekuniären Verkauf realisieren müsse, um dann zum Schluß den noch verteilbaren Rest zu ermitteln. Nichts davon steht in den Gesetzen. Verbrieft Anteilsrechte kann man auch dann zuteilen, wenn der genaue Wert der dahinter stehenden Vermögensobjekte unklar ist. Wie hoch ein solcher Wert ist, hätte sich im Laufe der Zeit durch den Handel der Anteilsrechte an Börsen herausstellen können. Man komme mir an dieser Stelle nicht mit den Bonitätsregeln des Aktiengesetzes. Es wäre ein leichtes gewesen, speziell für DDR-Werte ein eigenes Aktienrecht zu schaffen. Im übrigen wäre ein Handel im Freiverkehr möglich gewesen. Ungarische Aktien werden heute in Deutschland im Freiverkehr gehandelt. Es ist nicht einzusehen, daß ein solcher Handel für ostdeutsche Werte nicht hätte funktionieren können.

Die ganze Idee des Verkaufs des Kapitalbestandes der DDR gegen bar ist auf eine willkürliche politische Entscheidung zurückzuführen, die in dieser Form nicht durch die Gesetze und Verträge zur deutschen Einheit gedeckt ist. Hier liegt eine ausschließliche Verantwortung der Bundesregierung, die sich für diesen speziellen und durchaus angreifbaren Privatisierungsweg entschieden hat. Besonders zu bedauern ist der Umstand, daß durch die gewählte Privatisierungsmethode die Möglichkeiten aufgegeben wurden, eine Lohnzurückhaltung durch Zuweisung von Vermögensrechten zu erkaufen. In der Tat wäre eine solche Lohnzurückhaltung dringend nötig, wie wir im folgenden feststellen werden.

3. Das Lohnproblem¹⁵

Bereits mit der Währungsumstellung zum 1. Juli 1990, die einen 1:1-Umtausch der Löhne vorsah, sind die in Deviseneinheiten ausgedrückten Löhne Ostdeutschlands dramatisch angestiegen. Vor der Währungsunion betrug der Wechselkurs, den die DDR implizit bei Export ihrer Produkte nach Westdeutschland zugrundegelegt hatte, etwa 4,3:1. Indem Löhne, die zuvor in Ostmark quotiert waren, zum Kurs von 1:1 in D-Mark umgewandelt wurden, stieg der DM-Wert der Löhne auf das 4,3fache, also um 330 %.

Die Währungsumstellung hat mit einem Schlage den größten Teil der ostdeutschen Wirtschaft in den Ruin getrieben. Betrachten Sie folgendes Beispiel: Ein Schrank, der für 100 Mark Ost in der DDR produziert worden war, wurde vor der Vereinigung für 23 DM an eine westdeutsche Firma verkauft. Diese Firma konnte den Schrank dann profitabel weiterveräußern. Nach der 1:1-Umstellung mußte die Firma über Nacht statt 23 DM nicht weniger als 100 DM bezahlen, also 4,3mal soviel, und die Sache verlor jegliche Attraktivität. Die Lieferbeziehungen wurden sofort eingestellt, die Absatzmärkte brachen zusammen. Dies ist es, was ich anfangs meinte, als ich sagte, daß nicht nur die östlichen, sondern auch die westlichen Absatzmärkte zusammengebrochen sind. Der Zusammenbruch der Märkte ist nicht in erster Linie eine exogene Erscheinung des Vereinigungsprozesses, sondern endogen bedingt durch die Spezifika der gewählten Währungsumstellung, konkret den Reallohnsprung, der mit der 1:1-Umstellung einherging.

Die Effekte der Währungsumstellung wurden durch die sich anschließenden Lohnverhandlungen dramatisch verschärft. Die Verhandlungen, die im Frühjahr des Jahres 1991 bei der Elektro- und Metallindustrie Mecklenburg-Vorpommerns stattfanden und als Muster für alle weiteren Tarifverhandlungen genommen wurden, sahen vor, daß bis zum Jahre 1995 eine volle Angleichung der Tariflöhne in Ost und West stattfinden würde. Man hat den Zeitpunkt der Angleichung bei Revisionsverhandlungen, die im Jahre 1993 stattfanden, dann um ein Jahr auf 1996 hinausgeschoben; aber das macht keinen allzu großen Unterschied. In den Tarifverhandlungen wurde bereits die Relation zwischen dem ostdeutschen und dem westdeutschen Lohn für die kommenden Jahre festgeschrieben. Auch etwaige Lohnerhöhungen in Westdeutschland waren so automatisch und zusätzlich für Ostdeutschland garantiert.

Die Abbildung 5 illustriert das Ergebnis dieser Verhandlungen sehr deutlich. Vor der Vereinigung lagen die Löhne, hier die Bruttostundenlöhne in der ver-

¹⁵ Eine ausführliche Diskussion der Problematik verzerrter Faktorpreisrelationen findet man in SINN (1994), siehe auch SINN (1993, S. 193 ff).

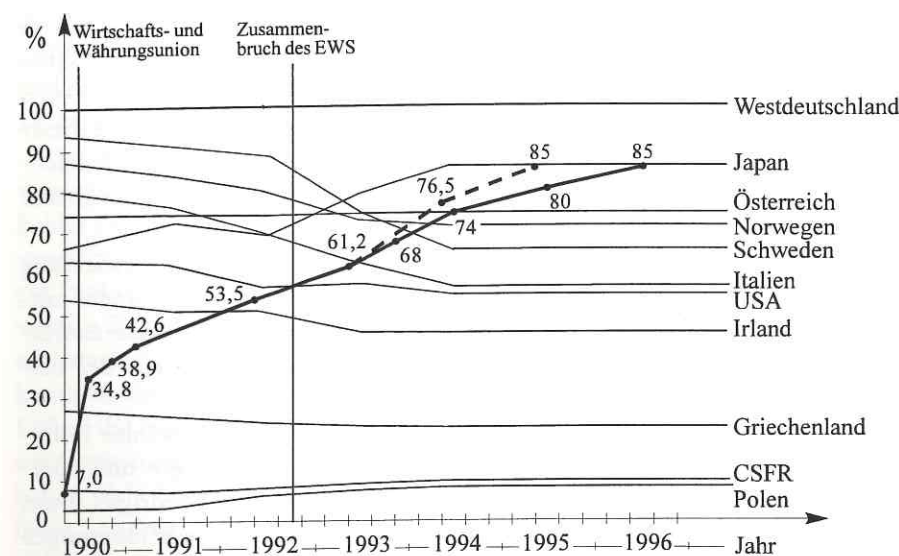


Abbildung 5: Die Lohnentwicklung in den neuen Ländern im Vergleich zu internationalen Wettbewerben

Quellen: Czech Statistical Office, Selected Economic and Social Indicators, Nr. 4/1993; Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, August 1994, S. 92*; OECD, Main Economic Indicators, Juli 1994; Sinn/Sinn (1993, S. 198 f); Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihen 2.1 und 5, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Bundesamt/Zweigstelle Berlin, Abt. IX D, Datenreihen aus den osteuropäischen Reformstaaten.

Legende: Die dargestellten Kurven beziehen sich auf die länderspezifischen Bruttostundenlöhne der Industrie inklusive der Lohnnebenkosten. Die Lohnsteigerungsraten von 1990-94 wurden ebenso berücksichtigt wie die Veränderungen der Wechselkurse (jeweils Jahres-Durchschnittswerte). Beginnend mit dem zweiten Halbjahr 1994 sind für das Ausland Status-Quo-Prognosen dargestellt. Der Lohnpfad für die neuen Länder entspricht den tarifvertraglich bereits bis 1996 getroffenen Vereinbarungen inklusive der Neuverhandlungen des Jahres 1993. Der in den Verhandlungen vom Frühjahr 1991 ursprünglich vereinbarte Pfad ist gestrichelt gezeichnet.

arbeitenden Industrie, bei 7% des Westniveaus. Mit der 1:1-Umstellung stiegen sie auf etwa 35%. Die Verhandlungen sahen vor, daß bis zum Jahre 1994 ein Lohnniveau in Höhe von drei Viertel des westdeutschen Niveaus erreicht wird.

Der Vergleich mit den anderen Ländern, die ebenfalls in der Abbildung dargestellt sind, zeigt, daß die ostdeutschen Löhne bereits im Jahre 1992 die irischen Löhne überschritten, dann die der Vereinigten Staaten, 1993 die Löhne Italiens und 1994 gar diejenigen von Schweden, Norwegen und Österreich. Nur das japanische Lohnniveau ist noch nicht erreicht, aber man ist auf dem besten Wege, auch dorthin zu kommen.

Bei den Berechnungen, die in der Abbildung dargestellt sind, wird davon ausgegangen, daß die westdeutsche Lohnspanne zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten, die etwa 15 % beträgt, erhalten bleibt, daß aber im Osten Effektiv- und Tarifverdienste zusammenfallen. Gibt es im Gegensatz zu dieser Annahme auch in Ostdeutschland die gleiche Lohndrift wie in Westdeutschland, so kommt es tatsächlich zu einer hundertprozentigen Anpassung, und das japanische Niveau wird dann wahrscheinlich überschritten.

Man muß kein Ökonom sein, um festzustellen, daß diese Lohnentwicklung maßgeblich bei der Vernichtung der industriellen Basis der neuen Länder mitgewirkt hat. Vor allen anderen Transformationsproblemen muß die exorbitante Lohnsteigerung als Hauptursache für den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft angesehen werden.

Es gibt viele Erklärungen und Rechtfertigungen für die gewählte Lohnpolitik, aber sie können bei genauem Hinsehen kaum befriedigen und überzeugen. Häufig wird auf das Wanderungsproblem verwiesen. Niedrige Löhne, so die These, wären problematisch gewesen, weil sie exorbitante Wanderungen in den Westen verursacht und dem Westen unerträgliche Lasten aufgebürdet hätten. An dieser These ist zweierlei falsch.

Erstens ist nicht klar, ob die Wanderung bei niedrigeren Löhnen tatsächlich höher gewesen wäre, als sie heute ist. Immerhin sind seit der deutschen Vereinigung netto 1,3 Mio. Zuwanderungen nach Westdeutschland zu verzeichnen, und zwar dies wohl in allererster Linie wegen der hohen Arbeitslosigkeit, die ja gerade durch die hohen Löhne verursacht wurde. Arbeitslosigkeit könnte selbst ein stärkerer Anreiz für Wanderungen sein als niedrige Löhne.¹⁶

Zweitens ist es ja nicht unbedingt schlecht, wenn die Menschen, statt arbeitslos im Osten zu verharren, in den Westen wandern. Wer die Meinung vertritt, daß es sinnvoll ist, den durch eine Lohnangleichung im Osten verursachten Arbeitsplatzverlust in Kauf zu nehmen, der muß eine massive Westwanderung und die Anstellung der Wandernden im Westen als Konsequenz akzeptieren. Die Alternative, im Osten Kapital zu installieren und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist langfristig anzustreben und möglich. Aber fast alle Beobachter sind sich einig, daß sie erst in ein bis zwei Dekaden zur Verfügung steht. Kurzfristig bleibt in der Tat nur die Wahl zwischen der Weiterbeschäftigung im Osten und der Wanderung in den Westen, um dort Beschäftigung zu finden. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Die Politik der hohen Löhne muß die Westwanderung akzeptieren, wenn sie nicht will, daß

¹⁶ Daß Arbeitslosigkeit ein besonders starker Anreiz zur Westwanderung ist, wird durch Umfragen gestützt, siehe AKERLOF et al. (1991).

die Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Das Argument, die Löhne müßten hoch sein, um eine Westwanderung zu verhindern, ist wenig schlüssig, weil es die Erklärung schuldig bleibt, wo denn die durch sie erzeugten Arbeitslosen bleiben sollen.

Der wahre Grund für die Hochlohnpolitik im Osten ist denn wohl auch weniger in ökonomischen Rationalitätsargumenten zu suchen als in einem Fehler des Systems der Tarifverhandlungen, welches unbesehen auf den Osten angewendet worden war.¹⁷ In Westdeutschland hat die Tarifautonomie bislang gut funktioniert, weil sich auf beiden Seiten des Verhandlungstisches gleichwertige Partner gegenüber sitzen, deren entgegengerichtete Interessen einander ausbalancieren. Die Arbeitnehmer kämpfen um hohe Löhne, weil Löhne Einkommen sind, und die Arbeitgeber wehren sich gegen hohe Löhne, weil hohe Löhne die Verwertungsmöglichkeiten des von ihnen akkumulierten Kapitals unterminieren. Aus dem Gleichgewicht dieser entgegengerichteten Interessen haben sich Lohnvereinbarungen entwickelt, mit denen beide Parteien gut leben konnten.

Im Osten war die Situation ganz anders, weil ja auf Seiten der Unternehmer noch gar keine Interessenvertreter vorhanden sein konnten. Nach der Vereinigung im Herbst des Jahres 1990 waren im Osten zwar Arbeitgeberverbände entstanden; diese waren aber von westdeutscher Seite gebildet und personell mit westdeutschem Personal bestückt worden. Ähnlich war es bei den Gewerkschaften, die schon früher im Jahre 1990 im Osten gebildet worden waren. Auch sie waren sehr stark von westlicher Seite beeinflusst. So fanden denn die Tarifverhandlungen im Frühjahr des Jahres 1991 im wesentlichen zwischen westdeutschen Partnern statt. Westdeutsche Arbeitgeber haben mit westdeutschen Arbeitnehmern über ostdeutsche Löhne verhandelt. Als Ergebnis dieser Stellvertreterverhandlungen kristallisierte sich sehr schnell die Meinung heraus, daß hohe Löhne adäquat sein würden. Die Devise war, wer auf dem bundesdeutschen Binnenmarkt anbieten möchte, möge das gefälligst zu den gleichen Konditionen wie die existierenden Unternehmen tun, also insbesondere die gleichen Löhne zahlen wie diese.

Im Grunde sind aber die Verhandlungsführer in eine Rationalitätenfalle getappt. Ihre Klientel muß nämlich selbst die Steuern zahlen, mit Hilfe derer die Transfers in Höhe von 150 Mrd. DM, die jedes Jahr von West- nach Ostdeutschland fließen, finanziert werden. Die Rationalitätenfalle ergab sich

¹⁷ Die folgende Argumentation entspricht der des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft (1991b), dem der Verfasser dieses Beitrags angehört. Vergleiche dazu auch FRANZ (1992) sowie BURDA/FUNKE (1991); letztere diskutieren das Gewerkschaftsverhalten im Lichte etablierter Arbeitsmarkttheorien.

dadurch, daß nicht kollektiv, sondern getrennt nach Branchen und Tarifbezirken verhandelt wurde. Wenn die Verhandlungsführer übereinkamen, in ihrem Tarifbezirk für hohe Löhne zu plädieren, so wußten sie einerseits, daß dies im Osten Arbeitslosigkeit erzeugen konnte. Ihre Angst vor einer solchen Konsequenz war allerdings nicht groß, denn die Lasten verteilten sich ja auf alle westdeutschen Steuerzahler, waren also nicht nur von ihnen selbst und ihrer Klientel zu tragen. Die Verhandlungsführer wußten andererseits aber, daß mögliche Gefahren aus der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie direkt zu Lasten der eigenen Firmen und Arbeitsplätze gehen würden. Bei der Abwägung zwischen den Vor- und Nachteilen dieser beiden Aspekte lagen die Gewichte auf der Waagschale ganz eindeutig bei der Arbeitsplatzsicherung im Westen. Obwohl aus der Sicht aller westdeutschen Verhandlungsführer zusammengenommen im Grunde nur ein Minusgeschäft herauskommen konnte, hat jede einzelne Verhandlungsrunde zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die Lohnpolitik wird manchmal mit dem Argument der „Lohnpeitsche“ verteidigt. Hohe Löhne, so das Argument, „peitschen“ auch die Produktivität herauf, und wenn die Produktivität so schnell steigt wie die Löhne, dann steigen die Lohnstückkosten nicht, und die Firmen bleiben wettbewerbsfähig. Dieses Argument ist sehr irreführend, denn es basiert auf einem Effekt, den man für die neuen Länder überhaupt nicht wünschen kann, nämlich dem Herauspeitschen der minderproduktiven Arbeitsplätze. Lohnerhöhungen vernichten jene Arbeitsplätze, die nicht produktiv genug sind, um die erhöhten Löhne noch zu tragen. Damit bleiben nur noch die produktiveren Arbeitsplätze übrig, und der Durchschnitt der Produktivität der Restarbeitsplätze steigt. Es kann nicht Sinn und Zweck einer Lohnpolitik sein, die durchschnittliche Arbeitsproduktivität durch die Vernichtung marginaler Arbeitsplätze zu erhöhen, jedenfalls dann nicht, wenn es bereits eine Massenarbeitslosigkeit gibt. Solch eine Politik wäre nur dann zu vertreten, wenn für die freigesetzten Arbeitsplätze andere Verwendungen zur Verfügung stünden.

Die gewählte Lohnpolitik wird die ostdeutschen Lohnkosten bis zum Jahre 1996 insgesamt um 1100 % erhöhen. Daß in dieser Zeit ein Produktivitätsanstieg auf den ehemals vorhandenen Arbeitsplätzen im gleichen Umfang stattfinden wird, ist völlig ausgeschlossen. Trivial ist, daß auf den trotz der Lohnerhöhungen verbleibenden Rest-Arbeitsplätzen ein entsprechender Produktivitätszuwachs stattfinden wird. Diese Erkenntnis hilft aber leider überhaupt nicht weiter.

4. Ein Sozialpakt für den Aufschwung oder was sonst?

Auf eine kurze Formel gebracht besteht das Grundproblem der deutschen Vereinigung darin, daß eine zentrale Weisheit der Volkswirtschaftslehre auf den Kopf gestellt wurde, nämlich die, daß man Verteilungsziele durch die Zuweisung von Erstaussstattungen erreichen kann, jedoch niemals versuchen sollte, sie durch einen Eingriff in die Faktorpreise anzustreben. Jeder Volkswirt weiß, daß ein solcher Eingriff fatale Verzerrungen des Marktgleichgewichts zur Folge hat und Wohlfahrtsverluste hervorruft, die alle zu tragen haben. Man hat der ostdeutschen Bevölkerung Löhne versprochen, die für die vielen Arbeitslosen das Papier kaum wert waren, auf dem sie vereinbart wurden. Man hat indes keinerlei Versuch unternommen, die ehemals volkseigenen Kapitalbestände der ostdeutschen Bevölkerung zu übereignen und insofern adäquate Erstaussstattungen zuzuweisen. Die Umrechnung der Sparguthaben hatte, wie schon erwähnt, ja nur den Zweck, das nötige Maß an Transaktions- und Liquiditätsmitteln für die ostdeutsche Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Man hätte der volkswirtschaftlichen Grundweisheit durch eine Mäßigung bei den Löhnen und eine Realisierung des Restbeteiligungsmodells für die Treuhandanstalt Rechnung tragen können. Im Falle einer Lohnzurückhaltung wären die Unternehmen der Treuhandanstalt sehr viel wertvoller gewesen, als es heute der Fall ist. Denn eine Lohnsenkung gegenüber dem geplanten Trend führt ja mindestens Eins zu Eins zu einer entsprechenden Gewinnerhöhung und damit zu einer Werterhöhung der betreffenden Unternehmen. Die Werterhöhung hätte die Treuhandanstalt durch ein wettbewerbliches Vergabeverfahren bei der Ermittlung der Bedingungen der Joint-Ventures für die ostdeutsche Bevölkerung reklamieren können. Insofern wäre der ostdeutschen Bevölkerung in Form von Aktien- und Beteiligungsbesitz mindestens so viel an Vermögen zugewachsen, wie durch die Lohnzurückhaltung verloren gegangen wäre. Hinzu gekommen wären freilich die Vorteile einer Beschäftigungsausweitung, die durch die niedrigeren Löhne induziert worden wäre. Mehr Altsubstanz wäre nämlich erhaltenswert geblieben, und vor allem hätten sich aus der Sicht der Investoren mehr Sanierungsinvestitionen als rentabel erwiesen. Die Arbeitsplätze, die mit einer solchen Politik gerettet oder geschaffen worden wären, hätten zu zusätzlichen Lohneinkommen für die ostdeutsche Bevölkerung geführt und weitere Gewinnerhöhungen bei den betroffenen Unternehmen erzeugt. Die Gewinnerhöhungen hätten, sofern sie bei den Investoren verblieben wären, das Investitionsklima verbessert und einen Aufschwung sehr viel schneller herbeigeführt, als es nun der Fall ist. Der Sozialpakt, bestehend aus Zuweisung von Restbeteiligungen an die ost-

deutsche Bevölkerung und einer Lohnzurückhaltung, wäre – wie Ökonomen zu sagen pflegen – pareto-optimal gewesen. Keine gesellschaftliche Gruppe hätte einen Nachteil gehabt, indes wären deutliche Vorteile bei vielen Menschen zu verzeichnen gewesen. Nicht zuletzt die westdeutschen Steuerzahler hätten von einer solchen Politik profitiert, denn das Volumen der Sozialtransfers, welches zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Osten derzeit erforderlich ist, wäre sehr viel geringer gewesen.

Nun ist die Zeit vorangeschritten, die Treuhandanstalt beendet bald ihre Arbeit, und die Chancen für einen Sozialpakt sind nur noch gering. Sie sind aber noch nicht verschwunden, denn einerseits stehen in Ostdeutschland noch erhebliche staatliche Kapitalien zur Verfügung, die man als Preis für eine Politik der Abkehr von der derzeitigen Lohnpolitik einsetzen könnte. Zum anderen ließe sich der Sozialpakt ja auch auf dem Wege über neue Tarifverhandlungen realisieren. Eine Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften könnte von den Arbeitgebern durch eine Arbeitnehmerbeteiligung am Unternehmenskapital kompensiert werden. Eine solche Politik läge im Interesse der Unternehmen, wenn man die Zuweisung der Beteiligungsrechte auf die Insider, die derzeit über einen Arbeitsplatz verfügen, beschränkt. Die Unternehmen hätten einen Anreiz, zu den niedrigeren Löhnen mehr Leute einzustellen, und sie hätten die Möglichkeit, zusätzliche Gewinne zu erwirtschaften. Die Neueingestellten hätten einen Arbeitsplatz und Lohn Einkommen.¹⁸

Ökonomen sind nicht verlegen, wenn es darum geht, allseits verbessernde Politikmaßnahmen zu empfehlen. Das Problem ist nur, daß Politiker kaum je bereit sind, auf sie zu hören. Das ist das Schicksal unserer Disziplin. Was ist schon das rationale Argument gegen die Macht der Interessengruppen, von denen sich nun einmal die Politik ganz maßgeblich leiten läßt.

Literaturverzeichnis

- AKERLOF, G. A., A. K. ROSE, J. L. YELLEN, und H. HESSENIUS (1991): „East Germany In From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union“, *Brookings Papers on Economic Activity*, Nr. 1, S. 1–101.
- BALTENSPERGER, E., und T. M. DEVINNEY (1985), „Credit Rationing Theory: A Survey and Synthesis“, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 141, S. 475–502.
- BOERI, T. (1994): „Labour Market Flows and the Persistence of Unemployment in Central and Eastern Europe“, in: T. BOERI, Hrsg., *Unemployment in Transition Countries: Transient or Persistent?*, OECD: Paris, S. 13–56.
- BÖS, D. (1991): „Privatization and the Transition from Planned to Market Economies: Some Thoughts about Germany 1991“, *Annals of Public and Cooperative Economics* 62, S. 183–194.
- BURDA, M. (1990), „The Consequences of German Economic and Monetary Union“, *Centre for Economic Policy Research*, Discussion Paper Nr. 449.
- BURDA, M. und M. FUNKE (1991), „German Trade Unions After Unification– Third Degree Wage Discriminating Monopolists?“, unveröffentlichtes Manuskript, INSEAD, Fontainebleau, und Freie Universität Berlin.
- CLAASEN, E.-M. (1990), „Radical Transformation: The Case of the German Monetary Union“, unveröffentlichtes Manuskript, vorbereitet für die zweite internationale Konferenz über *Stabilization and Exchange Rate Policies of Less Developed Markets and Socialist Economies* vom 10. bis 12. 5. 1990 an der Freien Universität Berlin und der Landeszentralbank Berlin.
- COASE, R. (1960), „The Problem of Social Cost“, *Journal of Law and Economics* 3, S. 1–44.
- DEMOUGIN, D., und H.-W. SINN (1994), „Privatization, Risk Taking and the Communist Firm“, *Journal of Public Economics* 55, S. 203–231.
- Expertenkommission Wohnungspolitik (1995), *Wohnungspolitik für die neuen Länder*, Mohr (Paul Siebeck): Tübingen.
- FRANZ, W. (1992): „Im Jahr danach – Bestandsaufnahme und Analyse der Arbeitsmarktentwicklung“, in: B. GAHLEN, H. HESSE und J. RAMSER, Hrsg., *Von der Plan- zur Marktwirtschaft. Eine Zwischenbilanz*, Mohr (Paul Siebeck): Tübingen. S. 245–274.
- HOFFMANN, W. G. (1965), *Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Springer: Berlin.
- KLOTEN, N., „Eingliederung des östlichen Deutschland und Europäische Währungsunion: Zwei Paar Stiefel“, vollständige Fassung eines Beitrags für die *Stuttgarter Zeitung*, erschienen in zwei Teilen am 30. 03. und 05. 04. 1991.
- Kronberger Kreis (1991), *Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland*, Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung: Bad Homburg.
- LIPSCHITZ, L., und D. McDONALD, „German Unification: Economic Issues“, *IMF Occasional Paper* Nr. 75, Internationaler Währungsfonds: Washington D. C.
- MÖSCHEL, W. (1992), „Treuhandanstalt und Neuordnung der früheren DDR-Wirtschaft“, *Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht* 20, S. 175–188.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990), „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“, *Jahresgutachten 1990/91*, Metzler-Poeschel: Stuttgart.
- SINN, G. und H.-W. SINN, (1993), *Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der Deutschen Vereinigung*, 3. Auflage, Beck/DTV: München.

¹⁸ Vergleiche dazu SINN (1993 und 1994).

- SINN, H.-W. (1987), *Capital Income Taxation and Ressource Allocation*, North-Holland Publishing Company: Amsterdam, New York, London etc.
- SINN, H.-W. (1991), „Verteilen statt verkaufen“, *Wirtschaftswoche*, Nr. 5 vom 25. 1. 1991, S. 78–81.
- SINN, H.-W. (1992), „Macroeconomic Aspects of German Unification“, in: P. J. J. WELFENS, Hrsg., *Economic Aspects of German Unification*, Berichte einer gleichnamigen Tagung am American Institute of Contemporary German Studies, John Hopkins University, vom 13. 11. 1990 in Washington, Springer: Berlin.
- SINN, H.-W. (1993), „Eigentum statt Lohn“, *Die Zeit*, Nr. 45 vom 5. 11. 1993, S. 23.
- SINN, H.-W. (1994), „Schlingerkurs. Lohnpolitik und Investitionsförderung in den neuen Bundesländern“, *Center for Economic Studies*, Working Paper Nr. 67.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1991 a), „Probleme der Privatisierung in den neuen Bundesländern“, *BMWi Studienreihe 73*, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1991 b), „Lohn- und Arbeitsmarktprobleme in den neuen Bundesländern“, *BMWi Studienreihe 75*, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.

Diskussion

Herr Führ: In Ihrem ersten Bild brachten Sie den Rückgang der Exporte in die Ostländer. Ist Ihre Schlußfolgerung nicht vielleicht doch, wie ich sagen würde, etwas an der Sache vorbei? Denn daß es noch ein Jahr weiterlief, ist doch wohl nur der Tatsache zu verdanken, daß die Exporte gestützt wurden. Durch die Umstellung auf die D-Mark und den Zusammenbruch der Ostländer waren diese gar nicht in der Lage, den Import zu bezahlen, es sei denn, man hätte dann noch den Warentausch aufrechterhalten.

Die Naturalrestitution lief viel schwieriger, als Sie es geschildert haben, weil alte DDR-Gesetze angewendet werden. Wenn zum Beispiel Liegenschaften in der Nähe von Buna 1971 von der DDR per Gesetz zum Aufbau der Industrie beansprucht und enteignet worden sind, dann haben die Alteigentümer heute kein Recht mehr darauf, diese zurückzufordern; das wird dann nach altem DDR-Recht konfisziert. Das ist die Situation, und diese erschwert natürlich sowohl für den, der hier seine Ansprüche anmeldet, das Verständnis für die gesamte Sache, wie umgekehrt natürlich auch die Unsicherheit der Investoren in diese neue Landschaft verstärkt wird.

Herr Sinn: Den zweiten Punkt nehme ich mit Interesse zur Kenntnis.

Zum ersten Punkt gebe ich Ihnen natürlich recht: Die Exporte sind von uns noch ein halbes Jahr gestützt worden und waren deshalb so hoch. Ich deutete das ja auch an. Fest steht aber, daß trotz der Stützung der Exporte die Importe zusammenbrachen. Also kann der Zusammenbruch der Exporte nicht der Grund für den Zusammenbruch der Importe und für den Rückgang der Industrieproduktion gewesen sein.

Die Behauptung also, der Nachfragerückgang aus den Ostländern hätte unsere Rezession in den neuen Bundesländern erzeugt, paßt nicht zu diesem zeitlichen Muster, was auch immer die Ursache dafür war, daß die Exporte nicht heruntergingen. Natürlich war die Ursache unsere finanzielle Unterstützung. Das ist völlig richtig.

Im übrigen paßt zu der These, daß die Misere nur dadurch verursacht sei, daß die Ostmärkte weggebrochen seien, auch nicht der Umstand, daß die Westmärkte genauso weggebrochen sind. Bedenken Sie, die DDR hatte eine

Außenhandelsquote von vierzig Prozent – recht gut im internationalen Vergleich, höher als die westdeutsche –, und die Hälfte der Exporte ging in den Westen. Diese Exporte sind genauso weggebrochen wie die Exporte in den Osten. Der Bruch fand eben schon mit der 1:1-Umstellung statt. Sie implizierte die Lohnvervierfachung, die das meiste kaputtgemacht hat.

Dazu folgendes Beispiel: Ein Schrank wurde für einen Lohn von 100 Mark Ost erstellt, wurde dann an IKEA verkauft. IKEA hat 23 Mark West gezahlt. 100:23 ist genau der alte Wechselkurs 4,3. IKEA konnte den Schrank hier profitabel weiterverkaufen. Mit der Währungsunion mußte IKEA über Nacht 100 Mark West zahlen, nicht mehr 23 Mark West, und die Wettbewerbsfähigkeit war dahin.

Es ist nicht so, daß mechanistisch irgendeine Nachfrage wegfällt, sondern es geht hier um ein Angebotsproblem. Die Kostensituation der Betriebe hat sich durch die Währungsumstellung über Nacht dramatisch verschlechtert. Die Betriebe waren plötzlich nicht mehr in der Lage, zu Preisen anzubieten, zu denen es Nachfrage gibt. Die Weltmärkte sind doch wild auf Produkte, und es ist doch gar nicht wahr, daß es nicht möglich ist, die Produkte loszuwerden, wenn man nur der niedrigen Qualität angemessene Preise fordert. Die mit der Währungsunion drastisch erhöhten Lohnkosten pro Erlöseinheit haben die erforderliche Preispolitik verhindert und so den Wegfall der Nachfrage induziert.

Herr von Unger: Welche Löhne hätten Sie dann den Arbeitern drüben zugegedacht?

Herr Sinn: Es wäre nicht Sache der Politik gewesen, die Löhne festzulegen. Man hätte die Lohnfindung den Marktkräften überlassen können. Durch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hätte sich der richtige Lohn schon gebildet. Es wäre absurd, die Lohnhöhe numerisch quantifizieren zu wollen. Immer dann, wenn man glaubt, man könne die Lohnhöhe von politischer Seite festlegen, liegt man eigentlich schon falsch. Eine kluge Wirtschaftspolitik versucht das nie, sondern setzt immer auf die endogene Entwicklung der Löhne.

Herr von Unger: Und wie hätten Sie dann die Märkte gegeneinander abgegrenzt? Wenn Sie dort einen Billiglohn lassen, dann sind die Waren doch dort unerschwinglich teuer oder auch Billigangebote. Dann fahren wir hinüber und kaufen den Leuten dort alles weg, was hier teuer ist.

Herr Sinn: Das Problem hätten die Firmen im Osten sicher gern gehabt, daß der Westen kommt und ihnen ihre Produkte aus den Händen reißt. Das wäre wohl die geringste Sorge gewesen.

Herr von Zahn: Das Wegbrechen der Exporte nach rund einem Jahr hat doch wohl auch etwas damit zu tun, daß nach diesem einen Jahr, oder genauer im Dezember 1991, die Sowjetunion zusammenbrach. Ich selbst kenne die Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Der Umfang, in dem die dortige Schiffsindustrie, die einzige größere Industrie von Mecklenburg-Vorpommern, von Exporten in die Sowjetunion bestimmt war, war ganz erheblich. Als diese Exporte plötzlich durch die SU nicht mehr bezahlt werden konnten, war diesen Werften ihre bisherige wirtschaftliche Grundlage entzogen. Ein Teil des Abschwungs wird sicher mit diesem Ereignis zusammenhängen.

Herr Schneider: Daß wir in einigen Grundproblemen der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft nicht übereinstimmen, Herr Kollege Sinn, haben wir ja schon verschiedentlich diskutiert. Ich möchte heute jedoch nicht auf das von Ihnen in den Vordergrund gestellte Problem der Inkongruenz von Strömen und Beständen bei der Privatisierung der Treuhandunternehmen eingehen, sondern auf einen anderen Punkt dieser Privatisierung.

Sie sagen, Herr Kollege Sinn, daß man auch bei der Privatisierung der Treuhandunternehmen mit dem Voucher-Instrument hätte arbeiten sollen. Dadurch hätte man den Ostdeutschen einen entsprechend angemessenen Anteil an den Früchten des Neuaufbaus gewähren können. Diese Idee verdient es, überprüft zu werden.

Es ist zu fragen, ob Ihre Hypothese, daß investitionsbereite Unternehmen – insbesondere aus Westdeutschland – von einer Voucher-Vergabe nicht abgeschreckt worden wären, zutreffend ist. Man hat ja zu bedenken, daß die mit den Vouchers geschaffenen Eigentumsrechte auf unbekannte Zukunftserträge von den Investoren als Schmälerung ihrer eigenen Ertragsersparungen angesehen werden. Wie denn könnte auf dem Voucher-Wege eine größere oder auch nur gleich hohe Kauf- und Investitionsbereitschaft erzielt werden als beim Verkauf an Investoren beziehungsweise Unternehmer? Das, Herr Sinn, müßten Sie mir erklären.

Die von Ihnen einander gegenübergestellten Zahlen, sechzig und sechshundert Milliarden D-Mark, beruhen auf einer höchst subjektiven Schätzung von Rohwedder – einer Schätzung, keiner sorgfältigen Bewertung. Niemand konnte zu dieser Zeit sagen, was das ehemalige sozialistische Produktionsvermögen überhaupt wert sein wird; denn niemand kannte die Bedingungen, unter denen sich die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt und in den Hauptbereichen zukünftig vollziehen wird. Niemand wußte, wie schnell die Löhne und die sonstigen Faktorpreise in Ostdeutschland steigen werden, wieviel die Absatzverbindungen von dort zu den Ostmärkten noch wert sind, welche neuen Absatzmöglichkeiten in Westdeutschland und im Ausland erschlossen

werden können. Man sollte daher eine Gegenüberstellung der beiden Zahlen, sechzig und sechshundert, besser unterlassen. Sie sind nicht ohne größeres Beiwerk an Begründungen miteinander vergleichbar.

Nun zum Rückgang der Industriebeschäftigung auf ein Fünftel des früheren Standes. Dieser drastische Beschäftigungsrückgang geht weit über das hinaus, was die Rückführung eines weit überdimensionierten Industriesektors, die Behebung der übermäßigen Fertigungstiefe und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zwingend erforderten. Ausschlaggebend dafür sind zu hohe Kosten und vielfach auch Produkte, die aus Gründen des Design oder der Qualität zu wenig Käufer finden. Im Wegbrechen des Absatzes in den früher sozialistischen Ländern sehe ich keinen gewichtigen eigenständigen Grund. Dies geht vielmehr primär auf die schon erwähnten Gründe für mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurück. Die Importe der meisten Reformländer sind in den letzten Jahren wieder recht kräftig angestiegen, und manche Westproduzenten – einschließlich der westdeutschen – haben hieran einen guten Anteil gehabt.

Die Fünftel-Beschäftigung gegenüber früher kann man schon jenem harten Kern zurechnen, aus dem die neue ostdeutsche Industrie herauswachsen wird. Es ist dort von Jahr zu Jahr mehr in der Industrie investiert worden, und bekanntlich dauert es ja seine Zeit, bis größere Investitionen abgeschlossen sind, und dann weitere Zeit, bis die neuen Anlagen auf volle Touren kommen und dann auch mehr Personal benötigen. So gesehen darf man – mit Blick auf die expandierenden Industrieinvestitionen – mit guten Gründen erwarten, daß die Industriebeschäftigung in Ostdeutschland, wenn auch nur in begrenztem Umfange, wieder zunehmen wird. Entscheidend für die Fortsetzung einer regen Investitionstätigkeit und damit für die Mehrung der Industriearbeitsplätze von morgen ist freilich, daß ein gutes Investitionsklima besteht. Das erfordert sehr viel. Löhne, die zur Produktivität passen und so Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen, sind mit der wichtigste Klimafaktor.

Mich interessiert jetzt jedoch vor allem die Voucherfrage. Nach meinem Informationsstand ist die Voucher-Privatisierung in den mittelosteuropäischen Ländern noch nicht weit vorangekommen.

Herr Sinn: Doch, natürlich.

Herr Schneider: Der großen Staatsunternehmen?

Herr Sinn: Die läuft.

Herr Schneider: Aber doch nicht in dem Sinne, daß diese Unternehmen jetzt wirklich wettbewerbsfähig geworden sind!

Herr Sinn: Die Voucher-Privatisierung ist erfolgreich gelaufen. Man hat natürlich nicht alle Unternehmen und auch nicht alle Aktienanteile der Unternehmen von vornherein verkaufen wollen. Aber das, was da über diese iterative Auktionsverfahren mit den Punkten verkauft werden sollte, ist auch verkauft worden.

Herr Schneider: Was aber ist dabei herausgekommen?

Herr Sinn: Ich sage ja nicht, daß man das hier so hätte machen sollen; denn der Nachteil der tschechischen Methode besteht darin, daß sie nur einen Streubesitz an den Unternehmen erzeugt, ohne daß sie einen dominanten Unternehmer, einen Mehrheitseigner einrichtet, der sich um das Unternehmen kümmert und es dann flottmacht.

Das aber wäre nötig, und deshalb mein Vorschlag: Kombinieren wir doch die Idee der Versenkung mit dem Hereinbringen des Westinvestors, der das Know-how hat und der auch das Sanierungskapital aufbringen kann, indem wir die Restbeteiligungslösung wählen. Ich sage, idealiter soll der Westinvestor, der in die Ostfirma hineinkommt, Anteilsrechte an dieser Firma bekommen, die das von ihm eingebrachte Sanierungskapital widerspiegeln, aber er soll nicht zusätzlich zu dem Sanierungskapital noch einmal die Treuhand bezahlen müssen. Es soll statt dessen der Treuhand eine Restbeteiligung einräumen und zwar gedanklich eine Minderheitsbeteiligung – davon bin ich eigentlich immer ausgegangen. Die Beteiligung soll eine stille Beteiligung sein, so daß die Treuhand ihre Finger nicht mehr im privatisierten Unternehmen haben kann. Eine Beteiligung mit Stimmrecht könnte ja einen potentiellen Investor abschrecken.

Wenn es also eine Minderheitsbeteiligung ist und wenn sie nicht mit einem Stimmrecht ausgestattet ist, dann ist das eigentlich nichts anderes, als wenn ein Staat existiert, der Steuern auf die Dividenden erhebt. Der Beteiligungsanspruch ist ungefähr dasselbe wie eine Dividendensteuer, und wir wissen ja aus der Steuertheorie, daß solche Dividendensteuern die attraktivsten Steuern sind, die es gibt. Dividendensteuern sind Cash-flow-Steuern, die die Entscheidungen der Unternehmen bezüglich der realen Investitionen und auch bezüglich der Wahl zwischen Eigenkapital und Fremdfinanzierung unberührt lassen. Wenn man überhaupt eine halbwegs neutrale Beteiligung konstruieren kann, dann ist es eine prozentuale Teilhabe an den Dividenden, und genau das würde durch die vorgeschlagene Lösung erreicht.

Was stört es denn Daimler-Benz, daß etwa ein Drittel der Daimler-Aktien im Besitz der Iraner sind? Ist deshalb Daimler Benz weniger effizient? Die Mehrheitseigner machen die gleiche Unternehmenspolitik wie sonst auch. Der

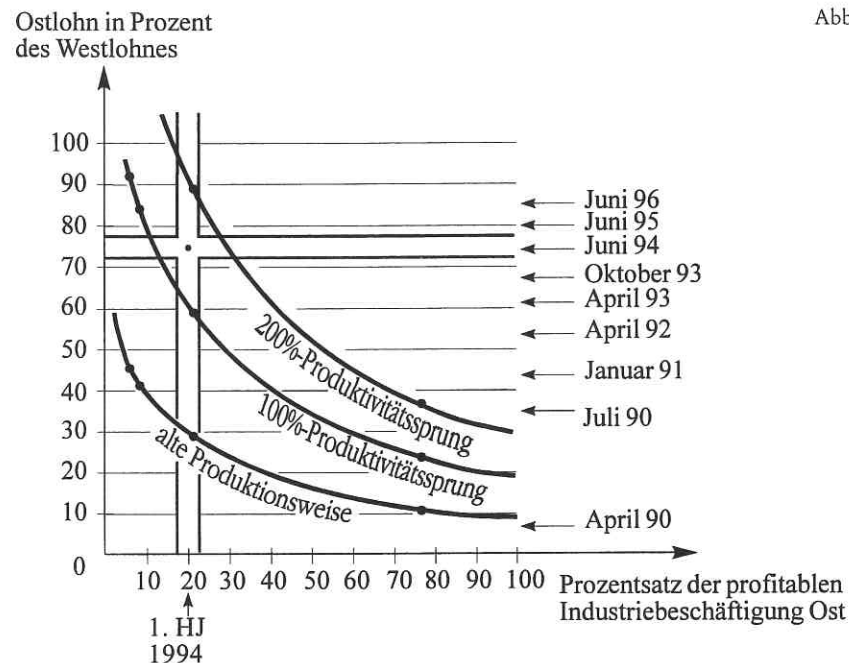


Abb. 1

Minderheitsbesitz stört doch überhaupt nicht. Und statt der Iraner hätte es auch der Staat sein können.

Aber nun vielleicht zu den anderen Punkten. Wieviel ist das Ganze wert, und wie ist das mit dem Fünftel an restlicher Beschäftigung? Es ist richtig, daß dieses Fünftel jetzt ein harter Kern ist. Aber man darf diesen Wert nicht unabhängig von den Löhnen sehen. Je höher die Löhne, desto kleiner ist der Rest an profitabler Beschäftigung, der übrigbleibt. Das ist ganz offenkundig.

Ich habe ein Diagramm zur Erhellung dieses Sachverhalts, das Informationen, die von Akerlof und anderen Autoren berechnet wurden, uminterpretiert (Abb. 1). Da sehen wir, wieviel Prozent der alten Betriebe bei alternativen Lohnhöhen überlebensfähig wären. Beträgt der Ostlohn relativ zum Westlohn 7 %, so wären alle Arbeitsplätze mehr oder weniger überlebensfähig gewesen. Die Firmen, die bislang an IKEA geliefert hatten, hätten zu den gleichen Kostenverhältnissen weiter an IKEA liefern können. Für Billigprodukte hätte es im Westen weiterhin einen Markt gegeben.

Freilich sieht man hier: Wenn die Löhne steigen, dann geht der Prozentsatz der Arbeitsplätze in der Industrie, der überlebensfähig ist, zurück. Die Kurve ist nach unten geneigt. Sie ergibt sich aufgrund der Produktivitätsverhältnisse, die vor der Vereinigung herrschten. Wir hoffen ja nun alle, daß

durch den bloßen Hauch des westlichen Unternehmertums spontane Produktivitätsfortschritte kommen, indem der größte Schlendrian sofort beseitigt wird und dann vielleicht auch ein paar Sanierungsinvestitionen sehr schnell vorgenommen werden können. Es wird also Produktivitätssprünge geben.

Wenn sich die Produktivität um 100 Prozent vergrößert, ist die zweite Kurve relevant, wenn sie sich um 200 Prozent vergrößert, die dritte Kurve. Sie sehen, rechts wird die tatsächliche Lohnentwicklung dargestellt. Wir sind heute im Jahre 1994. Selbst bei einer 200prozentigen Produktivitätssteigerung hätten wir bei den heute gültigen Löhnen nur noch dreißig Prozent Restbeschäftigung. Tatsächlich haben wir heute zwanzig Prozent Restbeschäftigung. Die Produktivität ist also nicht um 200 Prozent gestiegen, sondern um einen Wert zwischen 100 und 200 Prozent. Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß es sich dabei um die Produktivität gegebener Arbeitsplätze handelt.

Man bringt ja in der Öffentlichkeit immer zwei Produktivitätsbegriffe durcheinander. Wenn Sie die Löhne erhöhen, erhöhen Sie immer die Produktivität, weil Sie dann die schlechteren Betriebe ausmerzen. Die Betriebe, die übrigbleiben, haben eine höhere Produktivität, und die durchschnittliche, gemessene Produktivität steigt. Unter plausiblen Annahmen steigt sie prozentual sogar gerade ungefähr um soviel wie die Löhne. Es gibt Produktionsfunktionen, bei denen das nicht genau stimmt, aber cum grano salis steigt die Produktivität der Firmen, die noch übrig sind, etwa so stark wie die Löhne. Mir geht es stattdessen um die Produktivität der ursprünglich einmal vorhandenen Arbeitsplätze. Diese Produktivität ist in sehr viel geringerem Maße gestiegen.

Die Lohnfrage ist auch für die Frage der Werte der Treuhand-Objekte entscheidend. Ich habe einmal ausgerechnet: Hätte man im Jahre 1991 den Lohnverdoppelungstrend, der bis 1995 geplant war, nur parallel um ein Jahr hinausgeschoben, dann hätte sich der Barwert der Löhne um 30 Mrd. DM verringert. Damit hätten sich die Gewinne der Unternehmen um 30 Mrd. DM vergrößert, und der Wert der Unternehmen wäre ebenfalls um 30 Mrd. DM gestiegen. Wenn der Wert heute Null ist, so hätte die bloße Hinausschiebung des Zeitpfades um ein Jahr 30 Mrd. DM an Unternehmenswerten erzeugt, und jedes weitere Jahr hätte die Werte noch einmal um diesen Betrag steigen lassen.

Man darf die Dinge nicht unabhängig voneinander sehen. Löhne und Unternehmenswerte hängen zusammen.

Herr Brilon: Sie sagten, die Wanderung hänge mit den Arbeitslöhnen zusammen. Es hat diese Wanderung aber tatsächlich stattgefunden. Etwas über

eine Million Menschen sind insgesamt, wenn man die vom Westen Hinübergezogenen noch abzieht, vom Osten in den Westen gezogen. Hinzu kommen noch die Pendler, die wochen- oder tageweise an der Grenze pendeln. Wenn das bei niedrigeren Löhnen noch mehr gewesen wären, käme noch eine andere Last hinzu. Ein erzwungener Umzug ist doch für den Betroffenen wahrscheinlich eine ziemlich leidvolle Angelegenheit. Auch bei niedrigeren Löhnen schlechter zu leben, ist eine leidvolle Angelegenheit.

Hätte das nicht dazu führen können, daß dort drüben eine große Unzufriedenheit entstanden wäre, die sich auch politisch artikuliert hätte? Sie haben in einem Nebensatz einmal gesagt, die westdeutsche Bevölkerung mache dann nicht mehr mit, werde dann unzufrieden, und das habe politische Konsequenzen. Hätte nicht auch die ostdeutsche Bevölkerung politische Konsequenzen ziehen können? Kann man nicht am Ende sagen, daß die 150 Milliarden, die da pro Jahr transferiert werden, einfach der Preis für politische Ruhe sind? Ich darf das so provozierend sagen. Ich bin nicht der Meinung, daß das so sein muß.

Herr Sinn: Das ist in Ordnung. Die 150 Milliarden lassen sich politisch begründen. Mein Punkt ist nur, daß man den Kuchen, der insgesamt für alle Deutschen zu verteilen ist, hätte größer machen können. Es ist eine ineffiziente Lösung gewählt worden, weil viele Leute durch die Lohnpolitik in die Arbeitslosigkeit getrieben wurden.

Man hätte sich doch klarmachen müssen, daß diejenigen Ostdeutschen, die jetzt entlassen werden, irgend etwas anderes Produktives tun müßten. Niemand kann wollen, daß sie in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Welche Alternativen gibt es? Es gibt die eine Alternative, daß sich neues Kapital im Osten bildet, und daß die Entlassenen im Osten neue Arbeitsplätze finden. Die andere Alternative ist, daß die Menschen in den Westen gehen, wo Kapital vorhanden ist, und dort beschäftigt werden. Eine dritte Alternative gibt es nicht.

Die erste Alternative, daß neues Kapital gebildet wird, steht aber kurzfristig auch nicht zur Verfügung; denn es dauert lange, bis die entsprechenden Akkumulationsprozesse ablaufen. Es gibt unterschiedliche Berechnungen. Meistens kommen zwanzig Jahre heraus, bis die Kapitalausstattung eines Arbeitsplatzes überhaupt so groß sein kann wie im Westen. Kurzfristig gibt es nur eine Option, wenn man jemanden entlassen will: ihn im Westen zu beschäftigen. Und wenn man ihn nicht im Westen beschäftigen will, dann muß man ihn weiter im Osten beschäftigen, so unproduktiv das auch sein mag. Eine Ausnahme ist der Fall, daß die Wertschöpfung negativ ist. In diesem Fall ist es vielleicht tatsächlich besser, Däumchen zu drehen.

Man darf nicht verlangen, daß die Arbeitsplätze im Osten eine Produktivität wie im Westen haben. Dieses Verlangen steht aber implizit hinter den jetzigen Löhnen. Wir lassen im Osten nur zu, was den westlichen Produktivitätsstandards genügt. Alles andere darf nicht sein. Das ist gerade so, als würde man sagen: Leute, ihr habt zwar eure Trabis, aber auch in einer Übergangszeit dürft ihr die nicht mehr weiter fahren, denn wir haben jetzt schöne Mercedes-Autos, die ihr stattdessen fahren müßt. Wenn ihr euch keine Mercedes-Autos leisten könnt, dann fahrt bitte gar nicht. Trabi-Fahren wird nicht erlaubt.

Das kann nicht sinnvoll sein. In einer Übergangszeit muß es doch eine Lösung geben, wo man mangels besserer Alternativen auch die weniger produktiven Verfahren noch eine Weile nutzt.

Herr Führ: Dieses hätte dann aber bedeutet – und das sind zwei Punkte, die ich in Ihrer Argumentation bisher vermißt habe –, daß man den Leuten von Anfang an gesagt hätte: Ihr werdet mit den Produkten, an die ihr bisher gewöhnt seid, erst einmal weiter leben müssen.

Der zweite Punkt ist: vom Plan zum Markt. Es gab doch in den Betrieben überhaupt keine Organisation des Absatzes. Ich kenne das aus der Landwirtschaft, wo man zu den LPG's geholt wurde, um sie zu beraten, und es ging nur um Produktionssteigerung. Wenn man danach fragte, wo man die Produkte absetzt, die bisher der Staat zu einem Phantasiepreis gekauft hat – 85 Ostmark für einen Doppelzentner Nahrungsweizen –, dann wußte keiner etwas.

Diese Leute haben jahrelang per Television gesehen, was man alles Schönes kaufen kann. Nun bekamen sie auch noch das Geld in die Hand, und dann kauften sie natürlich zunächst den Gebrauchtwagen. Nachdem sie festgestellt haben, daß sie damit übers Ohr gehauen worden waren, kauften sie einen schöneren Wagen. So ist natürlich ein Teil des Geldes, von dem Sie sprachen, das wir dort investieren, revolvierend wieder zurückgekommen. Ich glaube, das muß man auch in Rechnung setzen.

Herr Sinn: Das Geld ist zurückgekommen, aber Geld kann man nicht essen. Mit dem Geldtransfer sind auch reale Ressourcen in den Osten gewandert. Daran zu denken, daß das Geld zurückkommt, ist irreführend. Wichtig ist, was an echten Gütern wohin fließt. Da hat der Westen verloren und verliert jedes Jahr um 150 Milliarden. Die 150 Milliarden sind echte Kosten, keine Einbildung. Wir merken die Lasten nur noch nicht, weil das ja durch Kredite finanziert wird, zumindest der größte Teil. Unsere Kinder müssen die Zeche bezahlen.

Was die Absatzprobleme angeht, so haben Sie völlig recht. Dort hat es natürlich gehapert, weil es im Sozialismus nicht nötig war, um den Kunden und

den Markt zu kämpfen. Es wäre sicher nötig gewesen, hier massive Änderungen vorzunehmen. Solche Änderungen hätten auch erfolgen können, aber wenn die Löhne kostenseitig kein attraktives Angebot mehr ermöglichen, dann braucht man sich auch nicht um Absatzorganisationen zu bemühen.

Herr Besters: Ich möchte drei Punkte von Herrn Sinn aufgreifen. Zunächst wundere ich mich, warum er nur drei Fehler und nicht noch einen vierten, der die deutsch-deutsche Währungsumstellung von 1:1 bzw. 1:2 betrifft, erwähnt hat. So günstig diese Umtauschrelation auch dem DDR-Bürger schien, so ungünstig war sie für den Absatz von DDR-Waren, deren Preise plötzlich nicht mehr in schlechtem DDR-Geld bezahlt werden konnten, sondern in wertvoller DM beglichen werden mußten und deshalb weder national noch international wettbewerbsfähig waren.

Darin liegt der entscheidende Unterschied zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, die über eine eigene Währung und damit über eine sog. Wechselkursbarriere verfügen, die sie zu ihren Gunsten manipulieren können, um steigende Exporte zu erzielen. Die neue Nachfrage und damit die Transmission in die Marktwirtschaft ist in der Tat über diesen Exportanstieg initiiert und beschleunigt worden. Demgegenüber besteht für die neuen Bundesländer sowohl gegenüber den alten als auch gegenüber dem Ausland ein gravierendes Handelsdefizit. Zu DM-Preisen sind ostdeutsche Produkte kaum in der Alt-Bundesrepublik und noch weniger im westlichen Ausland absetzbar.

Angesichts dieser Situation fragt man sich natürlich, ob es nicht möglich gewesen wäre, vorerst ein zweistufiges Währungsgebiet aufrechtzuerhalten, zumindest aber die deutsch-deutsche Einheitswährung hinauszuzögern, um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu vermeiden. Aber darauf will ich nicht näher eingehen, weil es sich um reine Spekulation handelt.

Mein zweiter Punkt betrifft die Schrotthypothese, die Herr Sinn offenbar nicht gelten lassen will. Ich erinnere mich im Frühjahr 1990 an eine Diskussion mit einem repräsentativen Manager eines westdeutschen Großunternehmens, der mir folgendes berichtete: Als die Mauer fiel, sind er und viele seiner Kollegen – so drückte er sich aus – zur „Brautschau“ gen Osten aufgebrochen. Kaum dort angekommen, war aber die Enttäuschung unvorstellbar. Was sich an „Bräuten“ präsentierte, war erheblich lädiert – die einen hatten einen Buckel, anderen fehlte ein Bein, dritten fehlten die Haare etc. Mit anderen Worten, es gab nichts, was den Erwerb gelohnt hätte.

Es scheint mir deshalb angebracht, die Schrotthypothese aufrechtzuerhalten und die Kritik daran zurückzuweisen. Damals kamen alle Manager ernüchert zurück; mit Beteiligungen oder gar Übernahmen wollten sie nichts mehr zu tun haben. Statt dessen drängten sie auf bebaubare und ökologisch unbelastete

Grundstücke, um selbst neue Fertigungsstätten errichten zu können. So war jedenfalls die dominierende Meinung.

Das leitet zu meinem dritten Punkt über, den ich als Frage formuliere: Wenn das Beteiligungsmodell schon für westdeutsche Investoren nicht attraktiv ist, gäbe es vielleicht doch etwas für ostdeutsche Arbeitnehmer her, indem diesen nach dem Vorschlag von Herrn Sinn Beteiligungsrechte zugestanden werden? Dabei werde ich an Ertragsbeteiligungs- oder Investivlohnmodelle erinnert, die wir schon seit Jahrzehnten diskutieren – Herr Krelle und ich waren Mitglieder einer solchen Arbeitsgruppe, in der wir Modelle dieser Art durchexerzierten. M. E. kommt es nicht von ungefähr, daß solche Modelle im Zusammenhang mit der erforderlichen Minderung des Lohnkostendrucks im Osten wieder diskutiert werden. Wenn aber die Beteiligung die Arbeitnehmer eher belastet als begünstigt, wäre die Enttäuschung riesen groß – es sei denn, Ihr Beteiligungsmodell grenzt sich von den hergebrachten deutlich ab.

Herr Sinn: Zu dem letzten Punkt zuerst. Es ist ja nicht dasselbe, ob man im Westen, in einer existierenden Marktwirtschaft mit zugeteilten Eigentumsrechten, Investivlohnmodelle einführt oder in einer historischen Ausnahme-situation, wo der Staat Eigentümer von Vermögenstiteln ist, und die Macht hat, Erstaussstattungen zuzuteilen. Letzteres ist sehr viel leichter als ersteres. Bei ersterem müssen Sie entweder die Gewinne verringern, oder Sie müssen Löhne in Form von Aktien auszahlen.

Im Westen sind Investivlohnmodelle stets kostenträchtig und reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen, wenn die Investivlöhne zum normalen Lohn hinzutreten. Das ist aber bei der Zuteilung von Erstaussstattungen fundamental anders. Da lassen sich Investivlöhne zahlen, ohne daß eine Kostenbelastung entsteht. Nur die Ersten kriegen ja was, und wer danach zusätzlich beschäftigt wird, der kommt nicht in den Genuß von Beteiligungsrechten. Diejenigen, die zum historischen Stichtag Bürger der DDR waren, würden etwas bekommen, andere nicht.

Das ist dann etwa so, als ob wir eine Wirtschaft wie die amerikanische etablieren, in der ja auch Otto Normalverbraucher sein Aktienpaket hat. Was ist daran eigentlich so schlecht? Die Marktwirtschaft läßt sich sehr gut mit einer breiten Streuung des Vermögens vereinbaren. Ich sehe da überhaupt keine Probleme.

Was Sie zur Währungsumstellung gesagt haben, würde ich ökonomisch unterstreichen. Ich meine, ich hätte mich hier gar nicht anders geäußert. Ich habe ja das Beispiel gebracht, was die 1:1-Umstellung bedeutet hat. Es sind zwei Seiten derselben Medaille, ob ich über Löhne oder Preise rede; denn es

kommt auf den Lohn in Einheiten von Gütern an, also Löhne geteilt durch Preise. Der Reallohnsatz ist die wichtige Größe.

Was Sie da gesagt haben, daß durch die 1:1-Umstellung alles zu teuer wurde, ist dasselbe wie zu sagen, daß die Löhne in Gütereinheiten durch die 1:1-Umstellung vervierfacht wurden. Beides ist inhaltlich dieselbe Aussage, und deswegen gebe ich Ihnen auch völlig recht. Es sind nur andere Worte für denselben ökonomischen Sachverhalt.

Politisch indes, meine ich, muß man sagen – und deswegen habe ich die 1:1-Umstellung hier auch nicht als Hauptfehler kritisiert –, daß ja gar nichts anderes möglich war. Die Fehler, die ich hier in den Vordergrund gestellt habe, sind Fehler, weil es andere Politikmöglichkeiten gab. Ich glaube nicht, daß es im wesentlichen eine andere Möglichkeit gab, als 1:1 umzustellen, weil es ein Versprechen gab, angesichts dessen die ostdeutsche Bevölkerung einer schnellen Vereinigung zugestimmt hat. Kohl hat die Währungsumstellung ja damals explizit politisch begründet, hat gesagt: Wir müssen die Vereinigung durchführen, die Ernte in die Scheuer bringen, solange das Wetter noch gut ist. Man weiß nicht, wie lange die Situation so noch anhält. Und er hat recht gehabt. Im nächsten Jahr gab es den Putsch, der ja auch anders hätte ausgehen können. Wenn man da langsam mit zwei separaten Staaten, die über einen flexiblen Wechselkurs verbunden gewesen wären, eine ökonomisch sinnvolle Lösung angestrebt hätte, wäre das politisch möglicherweise schiefgegangen. Im nachhinein ist man natürlich schlauer. Jetzt weiß man, daß die Sowjetunion zusammengebrochen ist und daß man sich gar nicht hätte beeilen müssen.

Veröffentlichungen
der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften

Neuerscheinungen 1989 bis 1996

Vorträge N
Heft Nr.

- | | | |
|-----|---|--|
| 375 | Frank Natterer, Münster
Rolf W. Günther, Aachen | NATUR-, INGENIEUR- UND
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN |
| 376 | Wilhelm Stoffel, Köln | Mathematische Methoden der Computer-Tomographie
Das Spiegelbild der Morphe und der Funktion in der Medizin
Essentielle makromolekulare Strukturen für die Funktion der Myelinmembran des Zentralnervensystems |
| 377 | Hans Schadewaldt, Düsseldorf | Betrachtungen zur Medizin in der bildenden Kunst |
| 378 | 6. Akademie-Forum

Wolfgang Klages, Aachen
Hans-Erhard Bock, Tübingen,
Hans-Ludwig Schreiber, Hannover
Herbert Weltrich, Düsseldorf
Paul Schölmerich, Mainz
Günter Solbach, Aachen | Arzt und Patient im Spannungsfeld:
Natur – technische Möglichkeiten – Rechtsauffassung
Patient und Technik
Patientenaufklärung und ihre Grenzen |
| 379 | Hermann Flohn, Bonn
Dieter Hans Ehhalt, Jülich | Ärztliche Behandlungsfehler
Ärztliches Handeln im Grenzbereich von Leben und Sterben |
| 380 | Gerd Herziger, Aachen
Manfred Weck, Aachen | Treibhauseffekt der Atmosphäre: Neue Fakten und Perspektiven
Die Chemie des antarktischen Ozonlochs
Anwendungen und Perspektiven der Lasertechnik
Erhöhung der Bearbeitungsgenauigkeit – eine Herausforderung an die Ultrapräzisionstechnik |
| 381 | Wilfried Ruske, Aachen | Planung, Management, Gestaltung – aktuelle Aufgaben des Stadtbauesens |
| 382 | Sebastian A. Gerlach, Kiel

Karsten Reise, Sylt | Flußeinträge und Konzentrationen von Phosphor und Stickstoff und das Phytoplankton der Deutschen Bucht |
| 383 | Lothar Jaenicke, Köln
Gerhard W. Roeb, Fritz Fühn, Jülich | Historische Veränderungen in der Ökologie des Wattenmeeres
Differenzierung und Musterbildung bei einfachen Organismen
Kurzlebige Isotope in der Pflanzenphysiologie am Beispiel des ¹⁴ C-Radio-kohlenstoffs |
| 384 | Sigrid Peyerimhoff, Bonn

Siegfried Matern, Aachen | Theoretische Untersuchung kleiner Moleküle in angeregten Elektronenzuständen
Konkremete im menschlichen Organismus: Aspekte zur Bildung und Therapie |
| 385 | Parlamentarisches Kolloquium | Wissenschaft und Politik – Molekulargenetik und Gentechnik in Grundlagenforschung, Medizin und Industrie |
| 386 | Bernd Höfflinger, Stuttgart | Neuere Entwicklungen der Silizium-Mikroelektronik |
| 387 | János Kertész, Köln | Tröpfchenmodelle des Flüssig-Gas-Übergangs und ihre Computer-Simulation |
| 388 | Erhard Hornbogen, Bochum | Legierungen mit Formgedächtnis |
| 389 | Otto D. Creutzfeldt, Göttingen | Die wissenschaftliche Erforschung des Gehirns: Das Ganze und seine Teile |
| 390 | Friedhelm Stangenberg, Bochum | Qualitätssicherung und Dauerhaftigkeit von Stahlbetonbauwerken |
| 391 | Helmut Domke, Aachen | Aktive Tragwerke |
| 392 | Sir John Eccles, Contra | Neurobiology of Cognitive Learning |
| 393 | Klaus Kirchgässner, Stuttgart | Struktur nichtlinearer Wellen – ein Modell für den Übergang zum Chaos |
| 394 | Hermann Josef Roth, Tübingen
Rudolf K. Thauer, Marburg | Das Phänomen der Symmetrie in Natur- und Arzneistoffen
Warum Methan in der Atmosphäre ansteigt. Die Rolle von Archaeobakterien |
| 395 | Guy Ourisson, Straßburg
Werner Schreyer, Bochum | Die Hopanoide
Ultra-Hochdruckmetamorphose von Gesteinen als Resultat von tiefer Versenkung kontinentaler Erdkruste |

Sicht
vischen
unolo-
gie und
xtronik
n Alke-
aft
er indu-
manent-
diskreter
isierung
ffen wie
ilie und
ystemen
Formge-
Umwelt-
ungen
für die

ISSN 0944-8799
ISBN 3-531-08421-6